

Arbeitsbereich
„Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung“
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bremen

Koordinator: Prof. Dr. Lothar Probst

Publikationsreihe
„Partei- und Wahlanalysen Bremen“

DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft Analyse ihres Wahlerfolges und Zwischenbilanz ihrer bisherigen Politik



Autorengruppe:
Sven Böhling, Christine Meyer, Sarah Ryglewski,
Johannes Stracke, Lothar Probst

Bremen, Januar 2008

Impressum

DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft
Analyse ihres Wahlerfolgs und Zwischenbilanz ihrer bisherigen Politik

Institut für Politikwissenschaft (FB 8)
Arbeitsbereich Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung (AWaPP)
Universität Bremen

Verantwortlich:

Prof. Dr. Lothar Probst (Koordinator des Arbeitsbereiches Wahl-, Parteien- und
Partizipationsforschung)

Institut für Politikwissenschaft (FB 8), Postfach 330440, 28334 Bremen

Tel. 0421 218-3236 oder 0172 4077394

E-Mail lothar.probst@iniis.uni-bremen.de, www.lotharprobst.de, www.awapp.uni-bremen.de

Erscheinungsdatum: 01/2008

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Die Bremer Landesverbände von Linkspartei.PDS und WASG	3
1.1 Mitgliederstruktur	4
1.2 Organisation	4
1.3 Verhältnis von Linkspartei.PDS und WASG vor der Bürgerschaftswahl 2007	5
1.3.1 Bremen	5
1.3.2 Bremerhaven	7
1.3.3 Die Wahl des Spitzenkandidaten	7
1.4 Gesellschaftliche Verflechtung der Linkspartei.PDS und der WASG	7
2. Charakterisierung des Wahlkampfes	8
2.1 Das Wahlkampfkonzept	8
2.1.1 Entwicklung des Konzepts	8
2.1.2 Konzept und Wahlkampfstrategie	8
2.2 Das Wahlprogramm	10
2.3 Der Wahlkampf	11
2.3.1 Die Liste und die Kandidierenden	11
2.3.2 Wahlkampfveranstaltungen	13
2.3.3 Wahlkampfmaterialien	14
2.3.4 Der Internetauftritt zur Wahl	16
2.3.5 Mediale Resonanz auf den Wahlkampf	16
2.4 Bewertung	18
3. Analyse des Wahlergebnisses	19
3.1 Wahlergebnis Stadt Bremen	19
3.2 Wahlergebnis Stadt Bremerhaven	20
3.3 Wählerwanderung	20
4. Darstellung und Analyse sozial-struktureller Daten	21
4.1 Wähler der LINKEN aus verschiedenen Altersgruppen	21
4.2 Das Wahlverhalten von Frauen und Männern	22
4.3 Das Wahlverhalten der Erstwähler	22
4.4 Wahlverhalten nach Bildungsgruppen	23
4.5 Wähler der LINKEN nach verschiedenen Berufsgruppen	23
4.6 Wahlverhalten unter den Gewerkschaftsmitgliedern	25
4.7 Wähler der LINKEN nach verschiedenen Konfessionen	25
4.8 Wahlverhalten nichtdeutscher EU-Bürger in Bezug auf DIE LINKE	25
5. Darstellung und Analyse sozial-psychologischer Daten	26
5.1 Wahlentscheidende Themen	26
5.2 Einfluss des Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung	26
6. Regionale Unterschiede im Wahlverhalten	27
6.1 Regionale Verteilung der Stimmen für DIE LINKE im Wahlbereich Bremen	27
6.2 Regionale Unterschiede im Wahlbereich Bremerhaven	27
6.3 Einfluss der Einwohnerdichte auf das Wahlverhalten	28
6.4 Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven	29
6.5 Das Wahlergebnis bei den Bremer Beiratswahlen	29
7. Fazit der Wahlanalyse	30
8. DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft – eine erste Bilanz nach sechs Monaten	31
8.1 Organisatorische Neustrukturierung der Partei DIE LINKE nach der Bürgerschaftswahl	31
8.2 Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft	32
8.3 Die parlamentarische Arbeit der Fraktion DIE LINKE	33
8.4 Konflikte, Probleme und Dilemmata der Partei DIE LINKE in Bremen	34
8.5 Resümee der Zwischenbilanz	37
9. Quellenverzeichnis	38

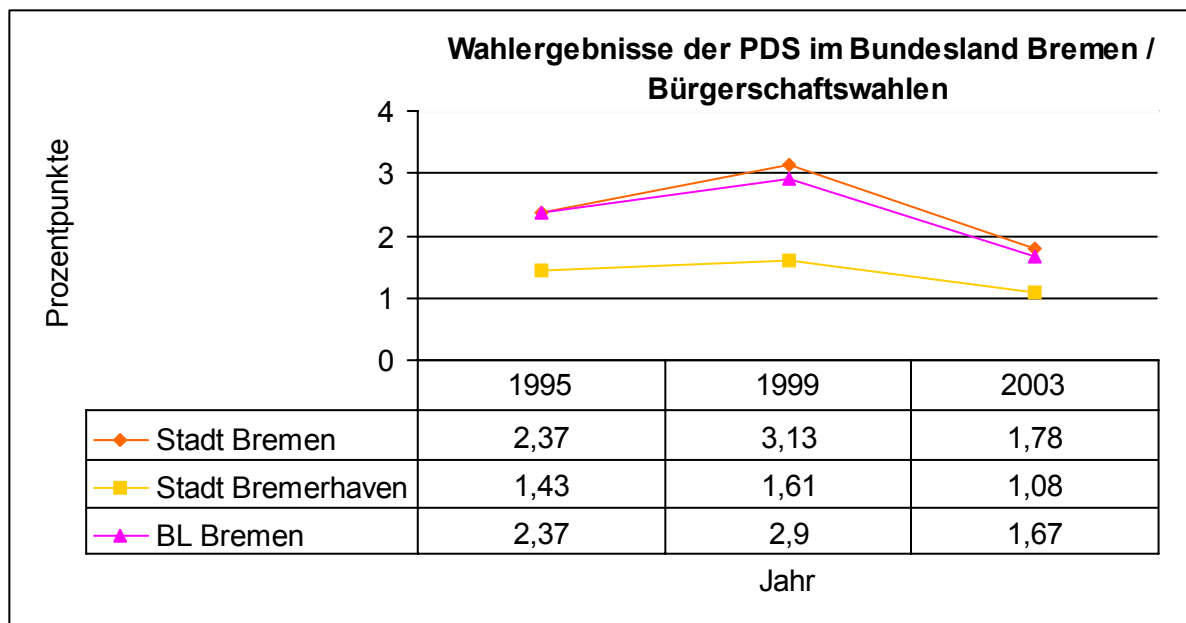
Einleitung

Das herausragende Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen war das Abschneiden der neu gebildeten Partei DIE LINKE (PDL)¹, die zum ersten Mal in ein westdeutsches Parlament mit Fraktionsstärke einzog. Die Linkspartei hatte zwar bereits bei den Bundestagswahlen 2005 mit 8,4 Prozent ein überraschend gutes Ergebnis in Bremen erzielt, dennoch ist ihr Wahlergebnis außergewöhnlich. Wie kam es zu diesem Wahlerfolg, und wer gab aus welchen Gründen der Partei seine Stimme? Wie hat die PDL das in sie gesetzte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bisher genutzt? Um auf diese Fragen eine Antwort zu geben, werden im Folgenden der Wahlkampf und das Wahlergebnis der LINKEN auf Basis des amtlichen Wahlergebnisses, der Daten von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen sowie des Landeswahlleiters analysiert. Zunächst wird die Entstehung der LINKEN vor der Wahl beschrieben. Daran schließt sich eine Einordnung in das Bremer Parteiensystem, eine Darstellung der Organisation und der Vorwahlsituation an. Schließlich wird das Wahlkampfkonzept und dessen Durchführung beschrieben, um das Wahlergebnis einordnen zu können. Abschließend erfolgt eine erste Zwischenbilanz der Arbeit der PDL in der Bremischen Bürgerschaft.

1. Die Bremer Landesverbände von Linkspartei, PDS und WASG

Der Landesverband der PDS in Bremen gründete sich im Dezember 1994. Als Stadtstaat mit einem Mini-Elektorat war Bremen bei jeder Bürgerschaftswahl die Hoffnung der PDS, im Westen einen Durchbruch zu erlangen und erstmals in ein westdeutsches Parlament einzuziehen. Mit diesem Vorhaben trat sie erstmals bei der Bürgerschaftswahl 1995 unter dem Slogan „Nach der Ampel Links“ an (vgl. Meuche-Mäkler 2005: 23) und versuchte Anhänger der DKP, des links-alternativen Spektrums, Jugendliche und Frauen anzusprechen. Das Ergebnis blieb trotz Unterstützung von Bundesprominenz und professioneller Unterstützung der Bundespartei mit 2,4% (8174 Stimmen)² weit unter den eigenen Erwartungen (Roth 1995: 276). Immerhin konnte die PDS fünf Beiratmitglieder stellen. Bei der Bürgerschaftswahl vom 06.06.1999 zeigte sich erneut, dass sie keine neuen Wählerschichten erschließen konnte.

Grafik 1



Die damalige PDS war im politischen Alltag und im Wahlkampf konturlos geblieben und kam mit 8418 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 60% auf 2,9% (vgl. Roth 2000: 21). Gleichwohl war dies das

¹ Bisher ist die Schreibweise der neuen Partei in der wissenschaftlichen Literatur uneinheitlich. Aus Gründen der Einfachheit haben wir uns an verschiedenen Stellen entschieden, DIE LINKE der Einfachheit halber mit dem Akronym PDL abzukürzen.

² Sämtliche Daten der Landtagswahlen in Bremen stammen, wenn nicht anders benannt, vom Statistischen Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007, Statistische Mitteilungen, Heft 110, Bremen 2007.

beste Landtagswahlergebnis in Westdeutschland seit Bestehen der Partei. Hinzu kam, dass sie nun acht Beiratsmandate erhielt, wobei sich bereits zukünftige Hochburgen abzeichneten. Der allgemeine Trend setzte sich bei der Bürgerschaftswahl 2003 jedoch weiter fort. Die Partei versuchte erneut, sich als wirksame Opposition zu positionieren und mit bundespolitischen Themen zu punkten und Nichtwähler anzusprechen (vgl. Roth 2004: 245). Dennoch erreichte sie landesweit nur 4.885 Stimmen (1,67%) bei einer Wahlbeteiligung von 61,3%, und verlor zwei Beiratsmandate.

Wahl	Mandate
1995	5
1999	8
2003	6

Dabei zeigte sich erneut, dass in Bremerhaven nur sehr wenige Menschen von der PDS angesprochen wurden – insgesamt 499 Wähler. Bei keiner Bürgerschafts- oder Bundestagswahl gelang es der PDS, dort mehr als 1000 Wähler zu erreichen, wodurch sie nie mehr als 1,5% in der Seestadt bekam. Die Partei konnte sich hier offenbar nicht profilieren und auch nicht von einer Proteststimmung profitieren, da diese Stimmen an andere Parteien wie die DVU, AFB oder die Schill-Partei gingen. Ferner trat sie bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung bisher nicht an und konnte so in Bremerhaven auch keine Aufmerksamkeit erringen.

Eine Wende erfuhr die PDS in Bremen zur Bundestagswahl 2005. Im Rahmen der geplanten Verschmelzung mit der WASG benannte sie sich in Linkspartei.PDS um (auf das „PDS“ wollte der Landesverband aus historischen Gründen nicht verzichten) und öffnete ihre Liste für WASG-Mitglieder. Der Landesverband der Bremer WASG konstituierte sich am 20.03.2005, wobei sich der Kreisverband Bremerhaven erst am 8.8.2005 wegen zu geringer Mitgliederzahl gründen konnte. Nach kontroverser Debatte in der Partei entschied sie sich für eine gemeinsame Liste mit der Linkspartei.PDS und besetzte vier von sechzehn Listenplätzen. Das Ergebnis war, verglichen mit den Vorwahlergebnissen, überraschend, weil die Linkspartei.PDS im Lande Bremen – gemessen in Prozentpunkten – die Partei mit den größten Zuwächsen war. Sie erhielt im Bundesland Bremen 30.570 Stimmen (bei 400.493 Stimmberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 76,2%) und kam somit auf 8,27% der Stimmen, was einem Gewinn von 6,04 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2002 entsprach (Statistisches Landesamt Bremen 2005: 18). Es war zudem das zweitbeste Ergebnis in einem westlichen Bundesland für die sich neu formierende gemeinsame Bundespartei.

1.1 Mitgliederstruktur

Die WASG hatte nach eigenen Angaben 210 Mitglieder im Bundesland Bremen und damit mehr als die Linkspartei.PDS bzw. PDS, die – ebenfalls nach eigenen Angaben – 168 Mitglieder in Bremen hatte (Stand 31.12.05). Hierbei ist allerdings zu bemerken, dass es möglich war, in beiden Parteien gleichzeitig Mitglied zu sein, was die Zahlen verfälscht. Die Linkspartei (seit dem Vereinigungsparteitag im Juni 2007 DIE LINKE) gibt die Zahl der Mitglieder im Landesverband Bremen mit 359 an³.

1.2 Organisation

Die Mitglieder der Linkspartei.PDS waren bis zur Gründung der Partei DIE LINKE. in verschiedenen Gruppen organisiert. Zum einen gab es eine Zuordnung nach dem Wohnort in die drei Gruppen Bremerhaven, Links der Weser und Nord-West. Bei der WASG gab es unterhalb der Ebene der beiden Kreisverbände Bremen und Bremerhaven keine Gliederung bezüglich des Wohnorts. Schon vor der Fusion und dem Wahlantritt als DIE LINKE. arbeiteten WASG und Linkspartei.PDS in zwei inhaltlichen Arbeitskreisen zusammen, die dazu dienen sollten, gemeinsame Positionen zu entwickeln. Geleitet wurden sie von jeweils einem Vertreter beider Parteien. Die AG LAKO (Landes- und Kommunalpolitik) diente darüber hinaus auch dazu, das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl zu entwerfen. Die AG Betrieb und Gewerkschaften war dagegen eine offene Arbeitsgruppe, die sich als „Diskussionsforum und Netzwerk für aktive und kritische GewerkschafterInnen“⁴ sah und auch das Ziel ver-

³Stand 31.12.2006. Quelle: <http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen>.

⁴Vgl.: <http://www.linkspar-tei-bremen.de/cms/content/view/151/551,02.05.07>.

folgte, Kontakte zu Gewerkschaften und Gewerkschaftlern zu knüpfen, die keine Mitglieder von WASG oder Linkspartei.PDS waren.

1.3 Verhältnis von Linkspartei.PDS und WASG vor der Bürgerschaftswahl 2007

Zur Bürgerschaftswahl 2007 traten Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam als DIE LINKE. an. Die Bremer Organisation nahm damit die am 16. Juni 2007 folgende bundesweite Vereinigung beider Parteien dem Namen nach vorweg.

1.3.1 Bremen

Der Verzicht der WASG auf eine eigene Liste – zur Wahl angemeldet war die Linkspartei.PDS unter der Kurzbezeichnung DIE LINKE. – und die Kandidatur auf der Liste der Linkspartei.PDS waren innerhalb der WASG heftig umstritten. Schon nach der Bundestagswahl 2005, bei der die WASG ebenfalls auf der Liste der Linkspartei.PDS kandidiert hatte, gab es Streit um das Ob und Wie einer weiteren Zusammenarbeit. Eine gemeinsame Liste zur Bürgerschaftswahl 2007 war zum damaligen Zeitpunkt aus Sicht der WASG nicht sicher. Die WASG-Linken fürchteten zum einen, zu einem Anhängsel einer von der Linkspartei.PDS dominierten Liste zu werden. Zum anderen fürchteten sie auch um den Wahlerfolg im Land Bremen, da sie mutmaßten, dass eine Liste, die nur WASGLern und Mitgliedern der Linkspartei.PDS offen stünde, potentielle Wähler aus anderen linken Kreisen abschrecken würde.

Auch gegen die Vereinigung beider Parteien gab es innerhalb der WASG Bremen starke Vorbehalte, die fast zu einer Spaltung der Partei führten. Die Linken innerhalb der Bremer WASG fürchteten unter anderem ein Übergewicht der Linkspartei.PDS, dem die pluralistische Tradition der WASG, die es verstanden hatte, Linke aus verschiedenen Milieus an sich zu binden, zum Opfer fallen würde. Negatives Beispiel waren dabei die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zum mecklenburgischen Landtag am 17. September 2006. Im Vorfeld beider Wahlen hatte es massiven Druck auf beide Landesverbände von Seiten der Linkspartei.PDS, aber auch des WASG-Bundesvorstandes gegeben, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Der Druck reichte sogar bis zur Absetzung der beiden Landesvorstände. Trotzdem lehnten auch die linken WASGLer in Bremen eine Fusion mit der Linkspartei.PDS nicht grundsätzlich ab. Aber sie forderten, dass eine Vereinigung von einer Kurskorrektur der Regierungspolitik des Fusionspartners in den ostdeutschen Bundesländern abhängig zu machen sei.

Auf der Landesmitgliederversammlung (LMV) vom 4.12.2005 setzten sich die Skeptiker einer Fusion mit der Linkspartei.PDS vorläufig durch. Der auf der LMV beschlossene Leitantrag betonte die Eigenständigkeit der WASG bei dem anstehenden Fusionsprozess und legte Wert auf die Selbstständigkeit der einzelnen Landesverbände. Im Bezug auf die Zusammenarbeit beider Parteien vor der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft sah der Antrag eine Liste der WASG vor, auf der die Kandidaten der Linkspartei.PDS kandidieren sollten. Auch der auf derselben Versammlung neu gewählte Landesvorstand unterstützte die Linie des Leitantrages. Allerdings war die Abstimmung über den Leitantrag denkbar knapp gewesen. Unter den Gegnern des Antrages war unter anderem der Bundestagsabgeordnete Axel Troost. Das Ergebnis führte dazu, dass die Kandidaten für den Landesvorstand, die gegen den Antrag gewesen waren, ihre Kandidatur zurückzogen und die Mitgliederversammlung nach der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes unterbrochen werden musste, da er nicht mehr beschlussfähig war⁵. Die Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes mussten auf einer weiteren LMV am 15.1.2006 gewählt werden⁶. Die Befürworter einer schnelleren Fusion mit der WASG schlossen sich nach der Landesmitgliederversammlung vom 4.12.2005 zum „Arbeitskreis Bremer Linke (AK Bremer Linke)“ in der WASG zusammen, der auch der Bundestagsabgeordnete Axel Troost angehörte, während sich die Skeptiker schon im Vorfeld zur „Linkstendenz“ zusammengeschlossen hatten. Zur „Linkstendenz“ gehörten auch viele WASGLer, die

⁵Vgl.: <http://www.wasg-hb.de/alt/html/archiv/trio.html> (Zugriff am 02.05.07).

⁶Vgl.: http://www.wasg-hb.de/alt/html/archiv/neuer_vorstand.html (Zugriff am 02.05.07).

gleichzeitig Mitglieder der Sozialistischen Alternative (SAV) waren und sind.

Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Strömungen setzen sich auch nach der Wahl des neuen Landesvorstandes weiter fort. Schon am 16.7.2006 gab es eine Neuwahl des Landesvorstandes, nachdem der AK Bremer Linke einen Abwahlenantrag gestellt hatte. Die Mitglieder des neuen Landesvorstandes standen überwiegend dem AK Bremer Linke nahe. Unter anderem wurden der spätere Spitzenkandidat der LINKEN für die Bürgerschaft (Peter Erlanson) und Axel Troost in den Vorstand gewählt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Peter Erlanson zu diesem Zeitpunkt von der Linkstendenz abgelehnt wurde, während sie später seine Kandidatur für die Bürgerschaft unterstützte⁷. Mit der Neuwahl des Landesvorstandes gewannen die Anhänger einer schnelleren Fusion mit der Linkspartei.PDS und einer gemeinsamen Liste die Oberhand. Der Landesvorstand empfahl dann auch eine gemeinsame Liste mit der Linkspartei.PDS bei der Bürgerschaftswahl. Die endgültige Entscheidung über die Form eines gemeinsamen Wahlantritts von WASG und Linkspartei.PDS sollte mittels einer Urabstimmung erfolgen, nachdem mehrere Mitgliederversammlungen zu diesem Thema, wegen zu geringer Teilnehmerzahl, nicht beschlussfähig waren.

Die Urabstimmung erfolgte über zwei Anträge, da man sich auf den genauen Text nicht einigen konnte. Diese wurden separat abgestimmt. Der erste Antrag, der vom Landesvorstand eingebracht wurde, sah eine Kandidatur der WASG auf einer Liste der Linkspartei.PDS vor und verknüpfte diese Frage mit dem Parteibildungsprozess. Der konkurrierende Vorschlag sprach sich für eine freie Wählergemeinschaft aus, innerhalb derer WASG, Linkspartei.PDS aber auch Linke, die nicht in einer der beiden Parteien organisiert waren, kandidieren konnten. Gegen letzteren Vorschlag sprachen mehrere Probleme. Zum einen wäre eine solche Gemeinschaft rechtlich bedenklich gewesen, da sie als unzulässige Listenverbindung aufgefasst werden konnte⁸. Zum anderen hätte sich die Linkspartei.PDS auf eine solche Konstellation vermutlich nicht eingelassen, was neben dem Scheitern des linken Projektes auch finanzielle Konsequenzen gehabt hätte, weil der Großteil der Finanzmittel einer gemeinsamen Liste von der Linkspartei.PDS gestellt werden sollte⁹ (siehe hierzu auch Kapitel 3.3.1). Das Ergebnis der Urabstimmung offenbarte eine tiefe Spaltung der WASG in Bremen. Beide Urabstimmungen kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bei der ersten Abstimmung votierte die Mehrheit für eine gemeinsame Liste und die Fusion mit der Linkspartei.PDS. Das Ergebnis der konkurrierenden Abstimmung besagte das genaue Gegenteil¹⁰. Insgesamt gab es nach den Urabstimmungen mit 73 zu 72 Stimmen eine denkbar knappe Mehrheit für eine Fusion mit der Linkspartei.PDS und eine gemeinsame linke Liste (vgl. Wolschner 2006). Erst auf einer weiteren LMV am 26.11.06 wurde beschlossen, gemeinsam mit der Linkspartei.PDS zur Bürgerschaftswahl anzutreten. Gleiches war schon von der Linkspartei.PDS einen Tag zuvor beschlossen worden¹¹. Die Beschlüsse über die Zusammenarbeit sahen unter anderem vor, dass der Wahlvorschlag von der Linkspartei.PDS eingereicht werden sollte, die Liste in der Öffentlichkeit jedoch als DIE LINKE. auftreten sollte. Für die Besetzung der Liste war vorgesehen, dass die WASG alle ungeraden Listenplätze besetzen sollte und somit auch den Spitzenkandidaten stellen würde. Die Linkspartei.PDS würde alle geraden Plätze erhalten. Die Besetzung „ihrer“ Listenplätze erfolgte über Abstimmungen in der jeweiligen Partei. Somit war es der WASG auch möglich, auf „ihren“ Listenplätzen parteilose Kandidaten, wie die ehemalige Betriebsrätin der Bremer Tageszeitungs AG, Monique Trödel, kandidieren zu lassen. Diese Regelung trug dazu bei, die von den Linken in der WASG gewünschte offene Liste zumindest teilweise zu realisieren. Formal wurde die Liste auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung beider Parteien gewählt.

⁷Vgl. <http://www.linkspartei-debatte.de/index.php?name=News&sid=514> und <http://www.linkspartei-debatte.de/index.php?name=News&sid=826> (Zugriff am 02.05.07).

⁸Vgl. Radio Bremen 29.10.2006.

⁹Vgl. Interview mit Bodo Ramelow in: Junge Welt, 4.11.06.

¹⁰Vgl.: Radio Bremen 9.11.06.

¹¹Vgl.: Radio Bremen 26.11.06.

1.3.2 Bremerhaven

Mit den Beschlüssen über eine gemeinsame Liste auf den Landesparteitagen bzw. -mitgliederversammlungen vom 25. bzw. 26.11.06 waren jedoch nur die Verhältnisse für die Bürgerschaftswahl 2007 im Bundesland Bremen geklärt. In Bremerhaven hatte es einen Beschluss der dortigen Mitgliederversammlung gegeben, als freie Wählergemeinschaft unter dem Namen „Alternative Linke Bremerhaven“ (AL) bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung anzutreten. Die AL bezeichnete sich selbst als „Zusammenschluss aus organisierten und unabhängigen Linken, die der Kampf gegen die neoliberale Große Koalition in Bremerhaven eint“ (Schulte 2007). Da in Bremerhaven gleichzeitig auch „DIE LINKE.“ kandidierte, entstand eine Konkurrenzsituation zwischen beiden linken Listen, die aufgrund der ohnehin geringeren Stimmanteile der LINKEN in Bremerhaven den dortigen Wahlsieg hätte gefährden können. Das Wahlergebnis der „Alternativen Linken“ blieb jedoch mit 0,68% marginal.

1.3.3 Die Wahl des Spitzenkandidaten

Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen der WASG setzte sich auch bei der Besetzung der Listenplätze fort. Alle ungeraden Plätze, und somit auch der des Spitzenkandidaten der LINKEN, sollten von der WASG besetzt werden. Die Nominierung erfolgte auf der Landesmitgliederversammlung am 8.1.2007. Ursprünglich war der spätere Spitzenkandidat Peter Erlanson der einzige Bewerber gewesen. Dann hatte sich jedoch der Bundestagsabgeordnete und geschäftsführende Bundesvorstand der WASG, Axel Troost, ebenfalls um einen Listenplatz beworben. Troost galt jedoch vielen WASGlern als Mann des Bundesvorstandes der WASG und der Linkspartei.PDS, und seine Kandidatur wurde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bremer verstanden (vgl. die tageszeitung 2007b). Erlanson hingegen wurde wegen seiner Tätigkeit als Betriebsrat im Klinikum Links der Weser eine höhere Ausstrahlung ins Gewerkschaftslager zugeschrieben und galt als Bremer. Darüber hinaus hatte Troost angekündigt, im Falle seiner Wahl nicht auf sein Bundestagsmandat verzichten zu wollen. Erlanson hingegen konnte in der WASG auf Zustimmung quer durch alle Lager rechnen. Auch die Linkstendenz, die Erlanson bei seiner Wahl in den geschäftsführenden Landesvorstand noch abgelehnt hatte, unterstützte seine Kandidatur. Troost unterlag bei der Abstimmung deutlich. Nur 27 Prozent der Anwesenden stimmten für ihn.

1.4 Gesellschaftliche Verflechtung der Linkspartei.PDS und der WASG

Sowohl die Linkspartei.PDS als auch die WASG haben eine Vielzahl von Verbindungen zu verschiedenen Interessengruppen, Gewerkschaften, Initiativen und NGOs. Unter Verbindungen ist an dieser Stelle eine Zusammenarbeit mit einer Gruppe zu verstehen, die von beiden Seiten öffentlich gemacht wird. Beispiele für eine solche öffentliche Darstellung der Zusammenarbeit oder der geteilten politischen Vorstellungen ist das gemeinsame Auftreten oder Bewerben von Veranstaltungen und/oder das gegenseitige Verlinken von Webseiten. Die Vielzahl der Verbindungen entspricht auch dem Selbstverständnis der LINKEN in Bremen, die sich als Partei versteht, die die Interessen der Menschen wahrnimmt, die von der "herrschenden Politik der anderen Parteien benachteiligt werden und die für eine Politik von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit eintreten" (DIE LINKE. 2007: 16). DIE LINKE. versteht sich also als Sprachrohr außerparlamentarischer Initiativen ("Wir unterstützen jene Gruppen und Verbände, die sich außerparlamentarisch für eine soziale und humane Zukunft engagieren. Deshalb kooperieren wir mit allen Kräften, die entschlossen für soziale Gerechtigkeit und für ein solidarisches Gemeinwesen eintreten", Wahlprogramm 2007: 16). Dieses Verständnis geht vor allem von der WASG aus, die sich schon bei ihrer Gründung als Sammelbewegung für verschiedene außerparlamentarisch oppositionelle Gruppierungen gesehen hat ("Wir bieten allen, die sich unseren Zielen verbunden fühlen, die Möglichkeit, sich politisch für soziale Alternativen einzusetzen – Menschen die außerparlamentarisch aktiv sind, die von den traditionellen Parteien enttäuscht oder die bisher nie politisch aktiv gewesen sind", Gründungsprogramm der WASG 2005: 27). Diese Oppositionshaltung gegenüber den traditionellen Parteien führte bei der Bremer LINKEN auch dazu, dass eine Regierungsbeteiligung von vornherein ausgeschlossen wurde, da vom einzigen potenziellen

Koalitionspartner SPD eine Fortsetzung ihrer „Politik des Sozialabbaus“ erwartet wird (Wahlprogramm 2007: 16).

Hinsichtlich des Wahlkampfes fällt auf (siehe Kapitel 3.3), dass DIE LINKE. in Bremen dieses Potential konsequent genutzt hat. Zum einen, indem sie Veranstaltungen von Gruppen, die einer der beiden Parteien nahe stehen, zu Wahlkampfzwecken genutzt hat und zum anderen, indem sie diesen Gruppierungen mit eigenen Veranstaltungen ein Forum gegeben bzw. ihren Wahlkampf thematisch stark an den Interessen dieser Gruppen orientiert hat. Besonders deutlich wird diese Zusammenarbeit am Beispiel des wichtigsten Wahlkampfthemas der LINKEN, den Hartz-Reformen. So finden sich auf der Internetseite der Bremer WASG sechs Verknüpfungen auf Internetseiten von Interessengruppen von Erwerbslosen und/oder Sozialhilfeempfänger, wie der "Initiative Bremer Montagsdemo“, dem "Bremer Sozialforum" oder "Arbeitslos in Bremen", einem Forum für Bremer Erwerbslose.

2. Charakterisierung des Wahlkampfes

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Entwicklung der Linkspartei und der WASG in Bremen und ihre bisherigen Wahlergebnisse dargestellt wurden, befasst sich dieser Teil der Wahlanalyse der LINKEN mit dem Wahlkampfkonzept und dessen konkreter Umsetzung im Wahlkampf.

2.1 Das Wahlkampfkonzept

2.1.1 Entwicklung des Konzepts

Früh stand für die Strategen sowohl der WASG als auch der Linkspartei fest, dass der Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaftswahl ein gemeinsam geführter werden sollte. Das Ziel war, „an die positiven Erfahrungen [des Bundestagswahlkampfes 2005] an[zu]knüpfen und aus den negativen Erfahrungen Konsequenzen [zu] ziehen“¹². Dementsprechend sollte zum Wahlkampf nicht nur mit „DIE LINKE.“ eine Liste antreten, mit deren Namen ein sichtbares Zeichen gesetzt werden sollte, dass es sich bei ihr um die Fortsetzung des gemeinsamen Projekts einer neuen bundesweiten Linken handelt. Außerdem sollte sich die Vereinigung beider Parteien auch in der Wahlkampfführung widerspiegeln. Im Beschluss des Landesparteitages vom November 2006 heißt es dazu: „Linkspartei.PDS und WASG, formal noch existent, werden in der allgemeinen Wahrnehmung bereits hinter die Gestalt der neuen, vereinigten Linken zurückgetreten sein. Dies muss sich in allem niederschlagen: im politischen Charakter, der personellen Zusammensetzung und der materiellen Struktur der Liste, des Wahlprogramms, des Wahlkampfes und einer zukünftigen linken Bürgerschaftsfraktion“ (Linkspartei Bremen 2006).

2.1.2 Konzept und Wahlkampfstrategie

Aus parteiöffentlichen Unterlagen¹³ geht hervor, dass sich DIE LINKE. schon seit Anfang Mai 2006, also mehr als ein Jahr vor der Wahl, mit der Erstellung eines Wahlkampfkonzeptes befasste. Das konkrete Wahlkampfkonzept stand dann mit der „Operation Vertrauen“ (Spehr 2007a) Anfang des Jahres 2007 fest. DIE LINKE. hatte sich in ihren Wahlplena für die Wahl zwei Hauptwahlziele gesetzt: Sie wollte in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einziehen und ein Ergebnis von sieben Prozent der Stimmen erreichen. Daneben wollte DIE LINKE. Stimmen aller Art gewinnen – egal ob von ehemaligen SPD-oder Grünen-Wählern oder von Nichtwählern. Dabei sollten diejenigen zur Wahl der LINKEN mobilisiert werden, die bereits bei der Bundestagswahl 2005 DIE LINKE. gewählt hatten. Intern wurde der Stammwähleranteil auf etwa vier Prozent geschätzt (vgl. Spehr 2007a: 1). Für den Fall des Einzugs in die Bremer Bürgerschaft war das Ziel der LINKEN keine Beteiligung an der Regierung, sondern Opposition (vgl. Schirrmeister 2007a).

Um diese Ziele zu erreichen, wurde ein Wahlkampfkonzept erarbeitet, in dem die Aufgaben des

¹² Vgl. Beschluss des Landesparteitages der Bremer Linkspartei vom 25.11.06.

¹³ Unser Dank gilt dahingehend Christoph Spehr, der uns nicht nur eine Sammlung von Strategiepapieren zur Wahl zur Verfügung gestellt hat, sondern auch unser Ansprechpartner bei Fragen war.

Wahlkampfes und die zu erreichende Zielgruppen definiert und in eine konkrete Wahlkampfstrategie umgesetzt wurden. DIE LINKE. hat für die Wahl zwei Hauptzielgruppen anvisiert, die in einem frühen internen Strategiepapier plakativ als die „linke“ und die „proletarische“ Zielgruppe zusammengefasst wurden (vgl. Spehr 2006: 3).

Im Einzelnen handelt es sich dabei um

- „a) von Armut und Ausgrenzung Betroffene / Bedrohte,
- b) prekär Beschäftigte,
- c) gewerkschaftlich Organisierte,
- d) Menschen in sozialen Berufen / sozial Engagierte,
- e) politische Linke,
- f) gesellschaftlich interessierte Jugendliche,
- g) fortschrittliche MigrantInnen“ (Spehr 2007b: 1)

Zentral im Wahlkampf sollte die zahlenmäßig größere „proletarisch“ genannte Wählergruppe, also Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger vor allem in den traditionellen Arbeitervierteln und Großwohnsiedlungen, sein.

Die eher „linke“ Klientel in den stadtnahen Wohngebieten, wie etwa dem Viertel, der Neustadt oder Schwachhausen, sollte zwar auch mit angesprochen werden, ausrichten wollte man sich aber inhaltlich und im Auftreten eher an der erstgenannten Gruppe, da diese für wahlentscheidend gehalten wurde. Über den Nutzen einer besonderen Berücksichtigung der Studierenden in der Ausrichtung der Kampagne bestand zunächst Unklarheit, im Verlauf der Kampagne und der zeitgleichen Studierendenproteste gegen den Hochschulentwicklungsplan wurde diese Zielgruppe dann doch recht gezielt mit Diskussionsveranstaltungen, Solidaritätsadressen und Aktionen umworben.

Die Aufgaben des Wahlkampfes bestanden vor allem darin, Vertrauen bei der Zielgruppe der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten aufzubauen und eine Identifikation mit der LINKEN als einer pluralen Partei, in der sich viele Linke wieder finden können und die von „ganz unterschiedlichen Leuten gewählt wird“, zu ermöglichen. Dies korrespondiert mit dem in Kapitel 2.4 dargestellten Selbstverständnis vor allem der WASG. Zudem sollte gezielt Sympathie bei den „medialen Multiplikatoren“ geschaffen werden. Beides sollte dazu dienen, Negativkampagnen in der Medienberichterstattung im Wahlkampf zu verhindern und DIE LINKE. grundsätzlich durch ein vorhandenes Grundvertrauen bei der Wählerschaft gegen die Einflüsse solcher Kampagnen zu immunisieren (vgl. Spehr 2006: 8). Eine weitere Aufgabe des Wahlkampfes bestand darin, die Hauptfunktion der LINKEN als „stärkste[s] Instrument gegen Sozialabbau, Privatisierung und Entlassung“ (vgl. Spehr 2006: 8) zu vermitteln.

Zur Erreichung der Wahlkampfziele und zur Erfüllung der dem Wahlkampf gestellten Aufgaben verfügte DIE LINKE. über ein Wahlkampfbudget von 150.000 Euro (vgl. Schirrmeyer 2007a), das zum größten Teil aus dem Wahlkampffonds der Linkspartei gespeist wurde, zumal sowohl der Landesverband der Linkspartei als auch der der WASG nur über sehr geringe eigene Mittel verfügten¹⁴. Aus diesem durch Wahlkampfkostenrückerstattung gefüllten Fonds verteilte die Bundespartei nach Nützlichkeitsabwägungen mit Blick auf die Wahlchancen Mittel an Landesverbände zur Wahlkampffinanzierung. Zu diesen finanziellen Ressourcen hinzu kamen eher selten kleinere Spenden einzelner Bürger, Großspenden von Verbänden oder aus der Industrie wurden nicht eingeworben. Weiterhin finanzierten einzelne Mitglieder bestimmte Projekte und Vorhaben im Wahlkampf durch zweckgebundene Spenden, etwa zur Realisierung eines weiteren Plakatmotivs für den Wahlkampf.

Aus diesen Mitteln wurden auch die Dienste der für den Wahlkampf engagierten Werbeagenturen *trialon* und *DiG/Plus* finanziert. Die Berliner Werbeagentur *trialon* arbeitet schon seit 1994 für die PDS, sowohl für die Bundespartei als auch für einzelne Landesverbände. Die ebenfalls aus Berlin stammende kleinere Agentur *DiG/Plus* ist seit Anfang 2005 für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zuständig. Im Bremer Wahlkampf erfolgte eine Zusammenarbeit von *DiG/Plus* mit der traditionellen PDS-Agentur *trialon*, wobei *DiG/Plus* für die Gestaltung des Internetauftritts der LINKEN verantwortlich war.

¹⁴Laut Aussage von Christoph Spehr, der an der Planung und Umsetzung des Wahlkampfes beteiligt war, im Interview mit Johannes Stracke und Christine Meyer vom 10. Mai 2007.

Politisch bestimmten den Wahlkampf zwei Organe: Zum einen die Wahlkampfleitung, die jeweils zur Hälfte mit Vorstandsmitgliedern der beiden Parteien besetzt war, und zum anderen die offenen Wahlplena, in denen die im Wahlkampf aktiven Mitglieder über die Konzepte zum Wahlkampf entschieden, die Grundlinien festlegten und auch eigene Initiativen zum Wahlkampf einbrachten. Unterstützung organisatorischer Art erhielt DIE LINKE. in Bremen vom Bundeswahlbüro der Linkspartei und dessen Bundeswahlkampfleiter Bodo Ramelow (vgl. Linkspartei 2006).

Inhaltlich verfolgte DIE LINKE. im Wahlkampf eine Strategie, in der sie sich als „glaubwürdig“ und „anders“ positionieren wollte. Gewollt war die Wahrnehmung der LINKEN als „Partei neuen Typs“, die als einzige aus dem neoliberalen Konsens der anderen Parteien ausschert, einen erweiterten Politikbegriff mit der Anbindung an außerparlamentarische Bewegungen vertritt und deren Wahlkampf Teil einer gesellschaftlichen Kampagne für einen Politikwechsel ist. Um die Wahlziele zu erreichen, sollte das Vertrauen der Zielgruppen erreicht werden und DIE LINKE. auf Landesebene als kompetent, engagiert und vor allem real vorhanden wahrgenommen werden. Dies sollte vor allem durch die lokale Verankerung und den direkten Kontakt der Kandidaten zu den Bürgern geschehen. Die Wahlkampfkonzeption sah eine Mischung aus intensivem face-to-face-Wahlkampf der engagierten Mitglieder und der Kandidaten vor, der als aufsuchender Wahlkampf auf den direkten Kontakt, Gespräche und Wählerbefragung setzen sollte, und dem Einsatz klassischer, professioneller Massenkampfbemittel. Da man nicht mit weithin bekannten Kandidaten aufwarten konnte, war die Strategie der LINKEN, keine Personalisierung des Wahlkampfs mit der Zuspitzung auf die Person des Spitzenkandidaten oder der beiden Spitzenkandidaten zu betreiben, sondern sich mit einem Themenwahlkampf als Programmpartei zu positionieren. Der Wahlkampf sollte populär argumentieren, so dass die Botschaften auch für eher politikferne Zielgruppen verständlich sind, ohne dabei aber inhaltlich in Populismus zu verfallen. Der Gestus der Kampagne sollte Ernsthaftigkeit und Klarheit ausstrahlen. Weder wollte man sich durch die Verwendung von lokalkoloritgeschwängerten Symbolen bei der Wählerschaft anbieten, noch wollte man in Form von „Politsprech“ inhaltsleere Formeln zum Besten geben (vgl. Spehr 2006, zit. in: Spehr 2007c: 1) Insgesamt war das Ziel, das Image „einer modernen, intelligenten Proletariat“ (vgl. ebd.) aufzubauen, dass DIE LINKE. als „[e]ine Partei, die hauptsächlich handelt, die etwas unternimmt“, die „Dinge zur Sprache bringt, so dass man sie verstehen kann“ und die „[i]m Kampf gegen Sozialabbau härter als der Rest [ist]“ darstellt (vgl. ebd.). Diese Strategie galt für das gesamte Land Bremen, für Bremerhaven wurde keine gesonderte Wahlkampfstrategie erarbeitet.

2.2 Das Wahlprogramm

Auf den 74 Seiten ihres „Hier ist DIE LINKE.“ genannten Wahlprogramms stellt sich DIE LINKE. als Partei dar, die „eine klare Alternative zur Politik der etablierten Parteien bietet“ (DIE LINKE. 2007: 7). In ihrem auf dem Landesparteitag der Linkspartei am 3. März 2007 und der Landesmitgliederversammlung der WASG am selben Tag beschlossenen Programm lässt sich ein „eindeutige[r] Umverteilungsschwerpunkt“ (Hüttner/Schiepers 2007: 2) des Wahlprogramms erkennen. Unter der Überschrift „Ein anderes Bremen ist möglich“ befasst sich DIE LINKE. vorrangig mit den Themen Arbeit, Soziales und Bildung, wobei sich die Forderungen unter folgenden Überschriften zusammenfassen lassen: „Gegen Privatisierung und fragwürdige Prestigeobjekte, für mehr Geld und Personal für Bildung und Soziales, für die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und einen Mindestlohn“ (ebd.). Im Wahlkampf selbst spielte das ausführliche Wahlprogramm eine untergeordnete Rolle, verteilt wurde mit dem „11 Punkte-Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven“ ein Katalog mit konkreten Forderungen.

Im Einzelnen ist DIE LINKE. im Bereich „Arbeit“ laut Wahlprogramm gegen Personalabbau im öffentlichen Dienst. Im Gegenteil, im Rahmen eines Landesprogramms für Arbeit soll der öffentliche Dienst durch Personalausbau gestärkt werden und Arbeitsplätze sollen durch öffentlich geförderte Beschäftigung entstehen. DIE LINKE. macht sich in ihrem Programm gezielt Forderungen der Gewerkschaften zu eigen, indem sie für den Erhalt der Flächentarifverträge und die Stärkung der Tarif-

autonomie eintritt, den Abbau von 1-Euro-Jobs zugunsten tariflich bezahlter Stellen sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von acht Euro pro Stunde fordert. Den Politikbereich „Soziales“ dominiert die Forderung nach der Abschaffung der Hartz-Gesetze. DIE LINKE. tritt ein gegen Zwangsumzüge von ALGII-Empfängern und fordert die Abschaffung der Hartz-Gesetze sowie die Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes. In den Bereich „Soziales“ fällt weiterhin die Forderung nach Einführung eines Sozialtickets für die Benutzung des ÖPNV sowie der Widerstand gegen die Privatisierungen der Bremer Kliniken, der Wohnungsgesellschaft Gewoba und der Bremer Straßenbahn AG. Zum Thema „Bildung“ tritt DIE LINKE. für kostenlose frühkindliche Bildung in Krippen, Kindertagesstätten und Horten, die sechsjährige Grundschule und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Im Hochschulbereich wird ein Stopp der Privatisierungen, der Ausstieg aus dem Hochschulentwicklungsplan V sowie kostenloses Studium gefordert. Bei den vorhandenen finanzpolitischen Forderungen steht die Verbesserung der Finanznotlage Bremens im Mittelpunkt. Dies soll unter anderem durch eine gerechte Schuldenverteilung und eine Besserstellung Bremens im Länderfinanz- und Bund-Länderausgleich geschehen. Das „Übersparen“ und „Kaputtsparen“ soll beendet werden, eine Vermögenssteuer soll wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer erhöht werden.

Bremerhaven ist im der Langfassung des Wahlprogramms mit einem kurzen gesonderten Programmpunkt vertreten, indem mehr demokratische Mitwirkung durch Direktwahl des Oberbürgermeisters und die Förderung des Forschungsstandorts gefordert werden. Außerdem wird bei der Strukturentwicklung Bremerhavens auf eine sozial und kulturell integrierte Herangehensweise bestanden, bei der zum Ausgleich neben Großprojekten wie dem Containerterminal IV auch Investitionen in öffentlich geförderte Beschäftigung und Bekämpfung von Kinderarmut erfolgen sollen.

Obwohl es sich um ein Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl in Bremen handelt, lassen sich doch viele bundespolitische Forderungen finden, die auch aus anderen Zusammenhängen als programmatische Forderungen der LINKEN bekannt sind. Dazu zählen beispielsweise die Forderungen nach einem Mindestlohn und einer Vermögenssteuer sowie die Abschaffung der Hartz-Gesetzgebung.

Der formulierte landespolitische Zusammenhang dieser Forderungen wirkt oft recht konstruiert, wie das Beispiel des Programmpunkts „Vermögenssteuer“ zeigt. Diese wird landespolitisch mit der lapidaren Feststellung begründet, dass sie „direkt in den Landeshaushalt“ fließe (DIE LINKE. 2007: 41). Als eine der wenigen genuin landespolitischen konkreten Forderungen fällt beispielsweise die Kampagne für das Sozialticket ins Auge.

Wenn man den Inhalt des Wahlprogramms auf die anvisierte Wählerschaft bezieht, kann man feststellen, dass zwar entsprechende Themen für alle Zielgruppen vorhanden sind, allerdings wurden einige Themen eher am Rande erwähnt und wirken so, als seien sie nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Dies betrifft vor allem die Friedenspolitik, die nur mit zwei Sätzen erwähnt wird, aber auch die Hochschulpolitik, die im 11 Punkte-Programm nur mit einem Satz erwähnt wird. Dass die beiden Zielgruppen „politische Linke“ und „gesellschaftlich interessierte Jugendliche“ bzw. Studierende damit inhaltlich zufrieden gestellt werden konnten, ist zu bezweifeln. Wie Hüttner und Schepers in einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung anmerken, wird auch das „moderne urbane Prekariat der Kultur- und WissensarbeiterInnen [...] programmatisch nicht angesprochen“ (Hüttner/Schepers 2007: 3). Anders sieht dies beispielsweise bei der Zielgruppe der „gewerkschaftlich Organisierten“ aus, die sich, wie bereits erwähnt, sowohl im 11 Punkte-Aktionsprogramm als auch im Wahlprogramm selbst mit ihren Forderungen wieder finden kann. Auch die Gruppe der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten findet im Programm ausführlich Berücksichtigung, etwa in den Ausführungen zur Hartz-Gesetzgebung, zum Sozialticket oder in den Forderungen zu Vergabegesetzen.

2.3 Der Wahlkampf

2.3.1 Die Liste und die Kandidierenden

Die zur Wahl angetretene Liste „DIE LINKE.“ wurde, wie vorher beschlossen (vgl. dazu Kapitel 2.3.1

und 2.3.3), durch die Linkspartei.PDS eingereicht und war als offene Liste konzipiert. Auf ihr traten neben den Kandidierenden der Linkspartei auch solche der WASG und Parteilose an. Am 13.01. 2007 wurden insgesamt 16 Kandidierende für die Wahl zur Bürgerschaft nominiert. Bei der Erstellung der Liste mussten mehrere Kriterien beachtet werden. Zunächst musste der per Satzung der Linkspartei vorgeschriebenen 50%igen Frauenquote entsprochen werden¹⁵. Das größere Problem stellte aber der Proporz zwischen Linkspartei und WASG dar. Die Liste musste so aufgestellt werden, dass sich beide Parteien ausreichend berücksichtigt fühlten, wobei gleichzeitig die Vorgaben des Wahlrechts berücksichtigt werden mussten, das eine „Listenverbindung zweier eigenständiger Parteien“ verbietet (Niedermayer 2006: 25).

Zur Absicherung der WASG, die dem Konzept der durch die Linkspartei eingereichten offenen Liste zunächst skeptisch gegenüberstand, und auch als vertrauensbildende Maßnahme wurde die Liste recht früh aufgestellt und noch vor Ende der Einreichungsfrist beschlossen, so dass die WASG in Notfall noch die Möglichkeit gehabt hätte, eine eigene anzumelden. In der Frage der Quotierung wurde dem Proporz zwischen Linkspartei.PDS und WASG bei den beiden Spitzenkandidaten Vorrang gegenüber der Frauenquote eingeräumt. Zumindest auf den letztendlich erfolgreichen Listenplätzen wurde die Frauenquote aber erfüllt. Abgesehen von diesen (auch in Kapitel 2.3.3 beschriebenen) innerbremischen Schwierigkeiten der Listenaufstellung zwischen den beiden Parteien wurde in der Frage der Spitzenkandidatur von der Bundestagsfraktion der Linkspartei Druck ausgeübt. Diese wollte einen bekannteren Spitzenkandidaten, zunächst Rudolf Hickel, dann Axel Troost, gegen den Willen der Bremer durchsetzen¹⁶, scheiterte damit aber letztlich. Hier konnte sich vor allem die WASG durchsetzen, die einen in Bremen verwurzelten und glaubwürdigen Kandidaten wollte, den sie in Peter Erlanson gefunden zu haben glaubte.

DIE LINKE. verfolgte im Wahlkampf keine Strategie der Personalisierung des Wahlkampfes, in der die Kampagne ganz auf die Spitzenkandidaten Erlanson und Rupp zugeschnitten war. Im Gegenteil, sie plakatierte eher text- und inhaltslastig, ohne Fotos der einzelnen Kandidaten, sondern nur mit einem Gruppenfoto aller Kandidaten, die sich gerne auch als Team darstellten¹⁷, in dem jeder arbeitsteilig und gleichberechtigt seinen inhaltlichen Schwerpunkt vertritt. Dies machte sich auch in der Konzeption der Wahlkampfveranstaltungen bemerkbar. In den überregionalen und nichtbremischen Medien allerdings stand mit Peter Erlanson der Spitzenkandidat deutlich im Mittelpunkt der Berichterstattung über das personelle Angebot der Liste, der publikumswirksam plakativ als „Karl Marx von Bremen“ dargestellt wurde. Auch auf der Wahlkampfseite konnte man feststellen, dass der Darstellung von Peter Erlanson besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Obwohl also eigentlich nach außen hin das Konzept eines Spitzenkandidaten, der sich von den anderen Listenkandidaten abhebt und von der Werbekampagne in den Mittelpunkt gestellt wird, geradezu demonstrativ nicht verfolgt wurde, gab es, zumindest wenn man die Innenwirkung betrachtet, nicht nur einen Spitzenkandidaten, sondern sogar gleich zwei – einen für jede der beiden Ursprungsparteien der LINKEN.

Die beiden Spitzenkandidaten Rupp und Erlanson hatten in zweierlei Hinsicht eine Brückenfunktion inne. Zum einen verbanden sie als Kandidaten der WASG und der Linkspartei beide Parteien miteinander und banden auch Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten beider Parteien an den Wahlkampf und die gemeinsame Liste. Sie symbolisierten als Kandidaten-Duo das Zusammenwachsen beider Parteien. Zum anderen verbanden sie die beiden Hauptzielgruppen in der Wählerschaft, da beide tendenziell eher unterschiedliche Wählergruppen ansprechen. Klaus-Rainer Rupp¹⁸, der früher Mitglied der SPD und der DKP war und sich sowohl bei Attac als auch in der Friedensbewegung engagiert, kommt aufgrund dieser politischen Sozialisation und Vergangenheit besser bei der

¹⁵Auch in der neuen Partei DIE LINKE. existiert eine solche Regelung, zu finden unter: http://die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke/2_die_basis_der_partei/10_geschlechterdemokratie/

¹⁶Vgl. zum Beispiel: Neues Deutschland: „Der Ruin der Stadt ist politisch verursacht“. Interview mit Peter Erlanson und Inga Nitz vom 10.5.2007 (Zugriff am 01.07.07 unter: <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=109494&IDC=2,01.07.07>).

¹⁷Vgl. Peter Erlanson im Portrait des Nordwestradios vom 27.4.2007 (Zugriff am 27.04.07 unter http://www.radiobremen.de/stream/ondemand.php?media=rm&file=/magazin/politik/wahl_2007/portraet_erlanson.rm).

¹⁸Quellen zu den Informationen über die Kandidaten: siehe http://www.dielinke-bremen.de/wahl_2007/abgeordnete; die tageszeitung nord: So sieht der Linksruck aus, vom 28.06.07, S. 21.

Zielgruppe „Linke“ an, während Erlanson als Betriebsrat im Klinikum links der Weser und engagierter Gewerkschafter eher die „proletarische“ Zielgruppe bedient.

Ähnlich sieht es bei den restlichen Kandidierenden auf den aussichtsreichen ersten sechs Listenplätzen aus, deren politische Schwerpunkte sich aus ihrer Biografie ergeben und die damit gezielt einzelne Wählergruppen umwerben. So verfügt etwa die Kandidatin Sirvan Cakici auf Listenplatz sechs selbst über einen Migrationshintergrund und kann damit besonders gut migrantische Wählergruppen ansprechen. Die gewerkschaftliche Wählerschaft wurde als Zielgruppe offenbar besonders umworben, da nicht nur fast jeder der Kandidierenden selbst Mitglied einer Gewerkschaft ist, sondern auch mit Monique Troedel eine in Gewerkschaftskreisen bekannte und engagierte Parteilose auf dem dritten Listenplatz aufgestellt wurde.

2.3.2 Wahlkampfveranstaltungen

Die Wahlveranstaltungen der LINKEN, von der ersten Wahlkampfveranstaltung am 17.04.2007 bis zum Wahltag, lassen sich unter zwei Aspekten betrachten. Zum einen ist das Verhältnis von Eigen- zu Fremdveranstaltungen zu prüfen, zum anderen ist die Aufteilung der Termine unter den Kandidaten interessant.

Zur Verteilung zwischen Fremd- und Eigenveranstaltungen der von der LINKEN geplanten Wahlveranstaltungen ist festzustellen, dass es sich bei der deutlichen Mehrzahl um Fremdveranstaltungen handelte, die von Verbänden oder Initiativen organisiert wurden und zu denen Vertreter der LINKEN eingeladen wurden (siehe hierzu auch Kapitel 2.4). Ein großer Teil dieser Veranstaltungen ist den Feldern „Sozialpolitik“, „Arbeit“, „Finanzen“ und „Inneres“ zuzuordnen. Die Eigenveranstaltungen der LINKEN wiederum waren größtenteils Veranstaltungen der Bundestagsfraktion, bei denen Prominenz aus der Bundestagsfraktion mit Bremer Kandidaten auch zu wahlkampfrelevanten Themen diskutierten. Mit dieser Einbindung der Bundestagsfraktion in gemeinsame Auftritte wurde das Ziel einer Kompetenzübertragung von der Bundestagsfraktion zugunsten der noch weitgehend unbekannteren Bremer LINKEN verbunden (vgl. Spehr 2007a: 3). Des Weiteren wurde natürlich auch mit den bekannteren Bundestagsabgeordneten Werbung für die jeweiligen Veranstaltungen gemacht. Inhaltlich waren die Veranstaltungen je nach Thema unter den Kandidaten aufgeteilt. Zwar lässt sich erkennen, dass die beiden Spitzenkandidaten leicht mehr Veranstaltungen besuchten als die anderen Kandidaten, jedoch kann man nicht davon sprechen, dass die Planung der Wahlkampfveranstaltungen ausschließlich auf diese beiden Spitzenkandidaten zugeschnitten war. Die Verteilung der Kandidaten auf die Veranstaltungen richtete sich nach den Expertengebieten der Kandidaten und nach dem biographischen Hintergrund. So war etwa Monique Troedel auf Veranstaltungen des Bremer Frauenausschusses und der Gewerkschaften zu finden, während Sirvan Cakici etwa bei Veranstaltungen zum Thema Migration auftrat und der Finanzexperte Klaus-Rainer Rupp beim Steuerberaterverband diskutierte.

Dem Konzept „wenige Veranstaltungen, billige Veranstaltungen, gezielte Veranstaltungen“ (Spehr 2007b: 4) entsprechend handelte es sich bei den Wahlkampfveranstaltungen der LINKEN um eher kleine Veranstaltungen, die gezielt für bestimmte Zielgruppen konzipiert waren und über diese hinaus kaum Breitenwirkung entfalteten, zumal einige der Veranstaltungen auf der Terminliste der LINKEN auch nicht öffentlich oder nur auf Einladung hin zugänglich waren. Die Veranstaltungen, die von der Projektgruppe besucht wurden, waren, bis auf die Großveranstaltungen in Bremen und Bremerhaven mit Gysi und Lafontaine, auf kleinere Öffentlichkeiten ausgerichtet und hatten 20 bis 45 Teilnehmer. Auch der Plan, die Wahlveranstaltungen in öffentlichen Räumen zu veranstalten statt in den eigenen Räumlichkeiten der Parteien (vgl. ebd.), um auch eine nicht parteinahe Klientel anzusprechen, wurde verfolgt. Da die meisten Veranstaltungen nicht von der LINKEN selbst organisiert wurden, fanden sie automatisch nicht in den parteieigenen Räumen statt, die Veranstaltungen der Bundestagsfraktion allerdings fanden fast alle im Abgeordnetenbüro von Axel Troost statt.

Der Straßenwahlkampf mit Infoständen in den Stadtteilen begann Mitte April. Die Intensität dieses Straßenwahlkampfes richtete sich nach dem Engagement und vor allem der regionalen Verteilung der

Mitglieder beider Parteien. Dabei gab es in den Stadtteilen Mitte, östliche Vorstadt und Neustadt, laut Terminplan auf der Homepage der Liste DIE LINKE., jeweils sechs bis acht Termine, an denen Wahlkampfstände durch die Mitglieder betrieben wurden. In Gröpelingen, Walle, der Vahr, Hemelingen/Hastedt und Findorff gab es jeweils drei bis vier solcher Stände, während in Horn nur zwei Termine geplant waren.

Wahlkampfhilfe gab es aus anderen Landesverbänden, vor allem von den großen im Osten, wie beispielsweise dem brandenburgischen und dem aus Mecklenburg-Vorpommern, der sich mit 48 Mitgliedern an einer Verteilaktion in Bremen-Nord beteiligte (vgl. Boecker 2007).

Für bestimmte Wählergruppen wurden gesonderte Aktionen zur Wahlwerbung durchgeführt. So verteilte etwa Monique Troedel am Weltfrauentag Rosen an Verkäuferinnen eines Lebensmittel-discounters, während Axel Troost und Bodo Ramelow am Wahltag einen Weckdienst für Studierende anboten, damit diese den Wahltermin nicht verschlafen.

Auffällig war während des Wahlkampfes außerdem, dass DIE LINKE. bei fast jeder öffentlichen Protestveranstaltung mit dabei war. Natürlich war DIE LINKE. auf der gewerkschaftlichen Feier zum 1. Mai vertreten, Vertreter der LINKEN waren aber auch bei Demonstrationen und Protestveranstaltungen der Studierenden und den Aktionen für einen Mindestlohn von ver.di und NGG anzutreffen. Mit ihrer Konzeption der Wahlkampfveranstaltungen konnte DIE LINKE. sowohl eine Anbindung an innerbremische Initiativen, Organisationen und Verbände aufbauen bzw. stärken, für Medienresonanz sorgten allerdings nicht so sehr diese inhaltlichen Veranstaltungen zu bestimmten Themen, sondern eher die Großveranstaltungen mit Gysi und Lafontaine.

Die Zielgruppe der eher politikfernen Wählerschaft konnte mit dem intensiven Straßenwahlkampf von DIE LINKE. angesprochen werden, der sich zum einen durch Präsenz sowohl in den entsprechenden Stadtteilen dieser Wählerschaft, etwa Walle oder Gröpelingen, als auch in der Stadtmitte auszeichnete. Zweitens, und das war wohl das entscheidende Kriterium, war diese Art der Wahlkampfführung auf der Straße eine Art aufsuchender Wahlkampf. Er war ohne Hürden für alle zugänglich und durch die offensive Art, mit der die Wahlkämpfer und Kandidaten der LINKEN ins Gespräch mit den Bürgern kommen wollten (vgl. Schupp 2007), fühlten sich auch jene angesprochen und ernst genommen, die etwa durch Wahlkampfveranstaltungen in den geschlossenen Veranstaltungsräumen von Gewerkschaften oder Friedensinitiativen nicht erreicht werden konnten.

2.3.3 Wahlkampfmaterialien

Zu den im Wahlkampf verwendeten Wahlkampfmaterialien zählten zum einen die Wahlplakate, die über die Stadt verteilt öffentlich sichtbar waren, zum anderen Materialien wie Flugblätter, Wahlprogramme und kleine Geschenke, sogenannte give-aways, an die Wählerschaft, die entweder an Wahlkampfständen und auf Wahlkampfveranstaltungen ausgeteilt oder in speziellen Aktionen verteilt wurden.

Im Wahlkampf der LINKEN waren drei unterschiedliche Plakatdesigns vertreten. Dominierend waren die eigens für die Bremer Wahlkampagne von der Werbeagentur *trialon* entworfenen Plakate in rot-gelb. Daneben wurden zu bundespolitischen Themen, wie dem Thema Mindestlohn, Plakate im weiß-schwarz-rot gehaltenen Design der Bundespartei zur Bundestagswahl 2005 verwendet. In rot gehalten wurden Veranstaltungsankündigungen der Bundestagsfraktion bzw. des Abgeordneten Axel Troost, plakatiert, die mit thematisch passenden Veranstaltungen und Bundesprominenz auch zu Wahlkampfzwecken eingesetzt wurden. Dem Konzept für die Bremer Wahlkampagne entsprechend, gab es keine personalisierenden Plakate der einzelnen Kandidaten. Stattdessen wurde zur Vorstellung des Personalangebots der LINKEN nur auf einigen Großflächenplakaten ein Gruppenfoto der ersten sechs Kandidierenden zur Bürgerschaft unter dem Titel „Echt nervig“ benutzt. Insgesamt war die Plakatwerbung der LINKEN damit, wie die gesamte Kampagne, eher textlastig orientiert. Ziel der Wahlwerbung mittels Wahlplakaten war es, während des Wahlkampfs im Stadtbild möglichst überall präsent zu sein und den Bekanntheitsgrad der noch unbekannteren LINKEN zu erhöhen (vgl. Hundt 07: 3). In der ersten Phase, zu Beginn des Wahlkampfs, wurde das Plakat „Hier ist DIE LINKE.“ geklebt.

Dieses gänzlich von dem Claim des Wahlkampfes dominierte Plakat diente vorrangig der Etablierung und Bekanntmachung der „Marke“ DIE LINKE. Außerdem fand sich hier ein erster Verweis auf den Internet-Auftritt der LINKEN, welcher sich auch auf allen anderen Plakaten wiederfand. In der zweiten Plakatierphase wurden ergänzend verschiedene Themenplakate aufgehängt. Diese befassten sich mit den Themen Soziales, Arbeit, Privatisierung, Finanzpolitik und Geschlechtergerechtigkeit und sollten vorrangig Inhalte und Forderungen der LINKEN zu diesen Themen transportieren. Gegen Ende des Wahlkampfes, in der dritten Phase, erschien mit dem Titel „Hier sind wir zuhause“ ein Plakat, dessen einfache Botschaft zwar in mehreren Sprachen zu lesen war, jedoch nicht mit Forderungen der LINKEN verknüpft war. DIE LINKE verfügte neben den in der Stadt aufgehängten Plakaten über 20 Großflächenplakate in Bremen und 10 in Bremerhaven, die vorrangig an größeren Ausfallstrassen standen. Auf diesen wurden zwei verschiedene Motive plakatiert. Neben dem oben schon erwähnten „Echt nervig“-Motiv war ein zweites Motiv für die Großflächen ein Wahlaufruf, in dem Gregor Gysi und Oskar Lafontaine die Bremer Bürgerinnen und Bürger zur Wahl der LINKEN aufriefen. Insgesamt waren die Botschaften auf den Plakaten einfach und in einer auch für die Zielgruppe mit geringerer formaler Bildung leicht verständlichen Sprache gehalten. Die Plakatwerbung für die Beiratswahlen war anders konzeptioniert. Auf diesen Plakaten wurden einfach die zu den einzelnen Beiräten antretenden Kandidaten mit Foto vorgestellt. Diese Plakate wurden hauptsächlich in den Hochburgen, gemessen an bereits bei früheren Wahlen erzielten und zu erwartenden Ergebnissen bei den Beiratswahlen, plakatiert.

Als Verteilmaterial an Wahlkampfständen und bei sonstigen Verteilaktionen der LINKEN wurde vor allem die 11-Punkte-Fassung des Wahlprogramms verwendet; daneben wurden Kandidaten-Flyer, in denen sich die Kandidaten persönlich und mit ihren politischen Schwerpunktthemen vorstellten, benutzt. Diese Kandidaten-Faltblätter waren das einzige Mittel, in denen die Kandidaten als Einzelpersonen auftraten und persönliche Ziele und Projekte für den Fall ihres Bürgerschaftseinzugs vorstellen konnten. Diese Haupt-Verteilmaterialien waren im Design des Bremer Bürgerschaftswahlkampfes der LINKEN in rot-gelb gehalten. Von Seiten der WASG wurde ergänzend eine „Wahlzeitung für Bremer Rentnerinnen und Rentner“ herausgegeben, in der gezielt Themen wie Altersarmut und Rente angesprochen wurden und sich Unterstützer der LINKEN zu Wort meldeten. Zusätzlich lagen an den Wahlkampfständen Materialien mit nicht bremenspezifischen Bundesthemen aus, die auch, wie die Plakate, im Design des Wahlkampfes zur Bundestagswahl gehalten waren. Für den Wahlkampf zu den Beiratswahlen gab es gesonderte Falblätter für jeden Beirat, in denen die Kandidaten, allgemeine Forderungen zur Stärkung der Beiräte und für den Stadtteil relevante Themen und Forderungen vorgestellt wurden. Eine Woche vor Ende des Wahlkampfes wurden laut Angaben der LINKEN durch 300 Helfer und mit Unterstützung aus anderen Landesverbänden rund 205.000 Exemplare eines Bürgerbriefes verteilt, in dem Gysi und Lafontaine zur Wahl der LINKEN aufriefen¹⁹.

In einer ersten Bewertung kann man feststellen, dass das im Konzept ursprünglich angestrebte Image einer „modernen, intelligenten Proletariat“ mit einem „etwas härter[en], etwas schmutziger[en], etwas kantiger[en]“ (Spehr 2006: 12) Design nur in Ansätzen verwirklicht worden ist. Bei der Betrachtung der verwendeten Werbematerialien fällt auf, dass dem Konzept insgesamt die Kanten genommen wurden und aus einem interessanten und polarisierendem Konzept, das zur Abgrenzung gegen den üblichen Politikbetrieb hätte beitragen können, ein konventionelleres Werbekonzept ohne große Risiken, aber auch mit weniger Aufmerksamkeitswert gemacht wurde. „Unsere Kampagne kann auch witzig sein, aber es muss ein trockener Humor sein, der angreift, kein verspielter Humor. Wir zielen immer auf die Weichteile.“ (Spehr 2006: 12). Das war das anvisierte Ziel, umgesetzt wurde es in der Kampagne nicht wirklich. Weder war die Wahlkampagne besonders von Humor geprägt, noch waren Angriffe „auf die Weichteile“ zu bemerken, die über das übliche Maß und die übliche Form der Kritik einer Partei an der Politik, der Regierung und der Gesellschaftsauffassung einer anderen Partei hinausgehen. Besonders die ganz anders geplanten Kandidatenfolder wurden entschärft. Von der geplanten polarisierenden und aggressiven Form mit provokativen Sprüchen und Bildern zu den Themen der einzelnen Kandi-

¹⁹Vgl. <http://www.dielinke-bremen.de/politik/aktionen>.

daten blieb ein konventionell gestaltetes, auf Ernsthaftigkeit setzendes Kandidatenfaltblatt übrig.

2.3.4 Der Internetauftritt zur Wahl

DIE LINKE. nutzte im Wahlkampf neben den schon dargestellten Materialien auch das Internet als Medium der Wahlwerbung. Die im Wahlkampf intensiv beworbene Wahlkampfseite der LINKEN wurde unter Verwendung des Claims „Hier ist DIE LINKE.“ erreicht. Bei dieser Seite handelte es sich nicht um eine eigens für den Wahlkampf eingerichtete eigenständige Seite, sondern um den Bereich der allgemeinen neuen Internetseite des damals noch zu gründenden Landesverbandes der LINKEN (www.dielinke-bremen.de), der sich mit dem Thema Wahl 2007 befasste. Mit der Nutzung der beworbenen Adresse gelangte man statt auf die Startseite des Landesverbandes direkt auf die erste Seite des Wahl-2007-Bereichs. Während die Internetseite des Landesverbandes weiterbetrieben wird und auf ihr auch die meisten Inhalte im Bereich Wahl 2007 noch so oder in veränderter Form zu finden sind, ist die Verlinkung von www.hier-ist-die-linke.de auf die Seite des Landesverbandes nicht mehr aktiv. Visuell konzipiert und realisiert wurde die Seite des Landesverbandes insgesamt von der Agentur *DiG/Plus*, die inhaltliche Redaktion liegt bei Manfred Steglich und Sönke Hundt. Neben der gemeinsamen und neueren Seite des Landesverbandes gab es, und gibt es in eingeschränkter Weise zumindest im Fall der WASG immer noch, eigene Seiten der beiden Parteien, die aber auf die neue Seite verweisen und nicht mehr oder kaum noch gepflegt werden.

Auf der unter der Wahlkampfadresse zu erreichenden Seite konnte man verschiedene auf den Wahlkampf bezogene Funktionen in Anspruch nehmen. Unter anderem stellten sich die Kandidaten der Liste persönlich und mit ihren politischen Forderungen vor und man konnte die Positionen der LINKEN zu verschiedenen Themenbereichen nachlesen. In einem besonderen Bereich konnte man sich über die Kandidaten und Programme für die Wahl zu den einzelnen Beiräten informieren. In einem großen Download-Bereich war es möglich, Fotos der Kandidaten, Plakate und Wahlkampfprogramme in der Lang-, Kurz- oder 11-Punkte-Fassung herunterzuladen. Als besondere Angebote waren auf der Kandidatenseite des Spitzenkandidaten Erlanson ein Wahlkampfblog, das seinen Wahlkampf kommentierend begleitete, ein automatisch abfahrender Video-Clip, genannt „peter projekt“, und ein kurzes Portrait Erlansons im Nordwestradio zu finden. Als Informationsplattform war die Seite mit ihrer tagesaktuellen Berichterstattung über Aktionen der LINKEN gerade auch für die anvisierten journalistischen „Multiplikatoren“ (Spehr 2007a: 3) sicher gut geeignet; mit interaktiven Elementen, an denen ein potentieller Wähler sich hätte beteiligen können, wartete sie aber nicht auf. Die geplante „Fülle von Beteiligungsmöglichkeiten“ (vgl. Hundt 2007: 4) wurde nicht realisiert.

Insgesamt sah und sieht man der Internetseite zwar ihre professionelle Gestaltung an, inhaltlich hat sie aber abgesehen von erwartbaren Funktionen nichts Besonderes zu bieten, was ihre Attraktivität besonders auch für ein junges Publikum hätte steigern können. Darunter wären etwa die zunächst geplanten, herunterladbaren Hintergrundlogos für Handys, Klingeltöne oder Bildschirmschoner gefallen (vgl. Spehr 2007b: 3). Vom inhaltlichen Angebot her war die Seite eher konservativ-langweilig und begnügte sich mit der genauen Dokumentation des Wahlkampfs. Angesichts des doch recht hohen Stellenwerts, der dem Internet-Auftritt in der Wahlkampfstrategie beispielsweise in Bezug auf Studierende beigemessen wurde (vgl. Spehr 2007a: 3), verwundert diese Einfallslosigkeit. Die Möglichkeiten des Mediums wurden nicht ausgenutzt. Soweit es die sachliche Ebene angeht, hätte man mehr interaktive Elemente zur Einbeziehung der Wählerschaft anbieten können, soweit es die Unterhaltungsebene betrifft, wurde diese – sieht man von einem unterhaltsam gemeinten Videoclip ab – überhaupt nicht zur Geltung kam.

2.3.5 Mediale Resonanz auf den Wahlkampf

Im Bundesland Bremen berichteten die regionalen Tageszeitungen *Weser Kurier*, *Nordsee-Zeitung* und *taz bremen* ausgewogen, auf Gleichbehandlung mit den anderen zur Wahl angetretenen Parteien bedacht, über DIE LINKE., wobei die Wahlberichterstattung in der Bremerhavener *Nordsee-Zeitung* generell sehr begrenzt war. Es dominierte sachliche Berichterstattung sowohl über Wahlkampf-

veranstaltungen wie beispielsweise die Großveranstaltung mit Gysi und Lafontaine auf dem Bremer Marktplatz (vgl. Weser Kurier 2007) als auch über die programmatischen Vorstellungen der Linken. Auch bei Sonderserien zur Wahl war DIE LINKE. trotz bisher ausgebliebener Wahlerfolge vertreten (vgl. Schupp 2007). In der Personalfrage schlug nur die Affäre um den Bremerhavener Kandidaten der LINKEN Joachim Weihrauch größere Wellen (vgl. Schirrmeister 2007), ansonsten war auch die Berichterstattung über das Personalangebot der LINKEN eher sachlich (vgl. Schupp 2007), weniger sachlich dagegen war die Nordsee-Zeitung. Die im Vorfeld aufgetretenen und öffentlich ausgetragenen Dissonanzen in der Personal- und Sachpolitik zwischen der WASG und der Linkspartei.PDS und innerhalb beider Organisationen (vgl. Kap. 2.3.1 und 2.3.3) fanden in der Wahlkampfphase keine Erwähnung durch die Bremer Printmedien. Die regionalen Printmedien wurden auch in die Marketingstrategie der LINKEN miteinbezogen, indem beispielsweise Anzeigen mit Veranstaltungshinweisen und Wahlaufrufen durch Bremer Bürger, beispielsweise in der taz bremen vom 12./13.5.2007 („Wir wählen Gerechtigkeit und Solidarität - Wir wählen DIE LINKE!“), geschaltet wurden und Journalisten über ein Pressemitteilungs-Abo schnell und umfassend mit Pressemitteilungen versorgt wurden.

Im Unterschied zu den bremischen Medien wurden in den überregionalen Medien wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem Tagesspiegel und der Süddeutschen Zeitung vor der Wahl vor allem die Schwierigkeiten und Hindernisse zwischen den beiden Parteien dargestellt. Die Bremer WASG erschien in deren Berichterstattung wurde als trotzistisch unterwanderte, chaotische Truppe, die rebellisch gegenüber der Parteiführung und der Fraktion im Bundestag agiert (vgl. u.a. Gajevic 2007, Meisner 2007). Im Zentrum des Interesses stand die Kandidatenauswahl, bei der vor allem Peter Erlanson als „Karl Marx von Bremen“ (vgl. u.a. Gajevic 2007) dargestellt wurde, der weithin unbekannt sei und mit seinem Äußeren eher potentielle Wähler verschrecke (vgl. Financial Times Deutschland 2007a). Die FAZ fasste die Kandidaten als Mischung aus ehemaligen Schill-Anhängern, Trotzisten und Personen mit moskau-orientierter Kadervergangenheit zusammen, die die Einzugschancen in die Bürgerschaft eher verschlechtern (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007). Vor allem wurde die Bedeutung des Wahlergebnisses für den weiteren Fusionsprozess der WASG und der Linkspartei und deren Zukunft im Westen der Bundesrepublik diskutiert, sowohl bei negativem Ausgang und Nichteinzug, aber auch bei Einzug in die Bürgerschaft als positives Signal für die Fusion und die Etablierung im Westen. Die Einschätzung der Wahlchancen war grundsätzlich neutral bis positiv, ein möglicher Wahlerfolg wurde aber eher trotz als wegen der Kandidaten und Aufgrund der Vorherrschaft sozialer Themen im Wahlkampf für möglich gehalten. Nach der Wahl mit ihrem für DIE LINKE. positiven Ausgang wurde in allen nichtbremischen Zeitungen die Bedeutung des Wahlergebnisses über Bremen hinaus in den Mittelpunkt gestellt. Der Einzug in die Bürgerschaft wurde als Beleg für ein funktionierendes Bündnis zwischen WASG und Linkspartei gewertet (vgl. Schmale 2007). Bei dem als Durchbruch im Westen (vgl. Förster/Gajevic/Rost 2007, Zier/Schulz 2007) wahrgenommenen Erfolg in Bremen wurde auch auf die Bedeutung für das gesamtdeutsche Parteiensystem hingewiesen, die eine mögliche Etablierung einer Partei links der SPD hätte (vgl. Financial Times Deutschland 2007b, die tageszeitung 2007b, Süddeutsche Zeitung 2007).

Die mediale Resonanz der Wahlkampf Bemühungen wurde von der LINKEN selbst als eher positiv eingeschätzt. DIE LINKE. fühlte sich von den Medien in Bremen als normaler Wahlbewerber wie die anderen Parteien akzeptiert und beurteilte die Berichterstattung als grundsätzlich fair und angemessen. Sie fühlte sich weder ignoriert noch mit einer Negativkampagne bedacht. Teilweise spürte man sogar ein wenig Sympathie für die eigenen Positionen in der Berichterstattung durchscheinen²⁰. Die Strategie, Vertrauen und „Sympathie bei den medialen Multiplikatoren [zu] schaffen“ (Spehr 2006: 8), ging zumindest in soweit auf, dass tatsächlich keine Kampagne gegen DIE LINKE. zu bemerken war und die Wahlchancen nicht künstlich gering geschrieben wurden. Soweit es den Inhaltstransport des Wahlkampfes über die Medien angeht, so war diese Strategie in Bremen zumindest soweit

²⁰ Zum Zeitpunkt der Wahl war die Vereinigung von Linkspartei und WASG zur gemeinsamen Partei DIE LINKE. zwar noch nicht erfolgt, dennoch trat DIE LINKE. nach außen schon als eine gemeinsame Partei auf; im Wahlkampf war eine Unterscheidung nach Linkspartei und WASG kaum noch möglich.

erfolgreich, dass die Inhalte der LINKEN zwar auch dargestellt wurden, die Resonanz aber insgesamt nicht sehr groß war. Vor allem in Bremerhaven, wo aufgrund der fehlenden lokalen Verankerung und somit auch mangelnder oder gänzlich fehlender Präsenz vor Ort der Transport der Inhalte über die Medien dringend nötig gewesen wäre, blieb dieser fast völlig aus.

2.4 Bewertung

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten der Wahlkampf der LINKEN unter dem Gesichtspunkt von Strategie und Durchführung beleuchtet wurde, stellt sich nun die Frage, wie dieser Wahlkampf insgesamt zu bewerten und einzuordnen ist. Insgesamt kann man feststellen, dass sich sowohl moderne als auch traditionelle Wahlkampfmethoden in der Strategie und Durchführung des Wahlkampfes der LINKEN wiederfinden lassen. Einerseits hat sich DIE LINKE bei der Erstellung ihrer Wahlkampfkonzeption einiger Mittel des strategischen Politikmarketings bedient, wie sie beispielsweise Schenk und Tenscher beschreiben (vgl. Schenk/ Tenscher 1998). Zu Beginn der Strategieplanungen wurde beispielsweise zunächst eine Situationsanalyse erstellt, in der die politische Lage in Bremen insgesamt und die Möglichkeiten einer eigenen Positionierung in Relation zur Positionierung der konkurrierenden Parteien analysiert wurde.

In der Kommunikation mit der Wählerschaft allerdings setzte DIE LINKE entgegen einem allgemein diagnostizierten Trend (vgl. Schenk/ Tenscher 1998: 348ff.) nicht auf dort beschriebene low-involvement-Strategien modernen Politikmarketings. Allerdings bestand dazu auch keine Notwendigkeit, denn das beherrschende Wahlkampfthema der LINKEN, die soziale Gerechtigkeit und in der Konkretisierung die Bekämpfung der Hartz-Gesetzgebung, ist ein Thema, mit dem die „EmpfängerInnen eigene Erfahrungen und Bezüge“ (ebd.: 349) verbinden und das somit generell bei der Zielgruppe, dem Konzept der Ich-Bezogenheit folgend, ein hohes Maß von persönlichem involvement hervorruft. Somit wurde auf zu low-involvement-Strategien gehörende Elemente wie Personalisierung bzw. Politainment weitgehend verzichtet, stattdessen suchte man durch inhaltliche Auseinandersetzung die Wähler zu überzeugen.

Der Wahlkampf selbst war ein auf lokaler Ebene parteien- und organisationszentrierter Wahlkampf, analog zu Plassers Kategorisierung von Wahlkämpfen auf gesamtstaatlicher Ebene (vgl. Plasser 2003: 109f.). Der Wahlkampf war inhaltlich gesteuert durch die Bremer Parteiorganisation, die die inhaltlichen Entscheidungen über die Wahlkampfthemen und zentralen Botschaften in den beiden politischen Gremien der Wahlkampfleitung selbst traf und nicht an externe Politikberater auslagerte.

Mit dem Konzept eines aufsuchenden Wahlkampfes, der den Bürger durch direkten Kontakt zu den Kandidierenden überzeugen soll, wurde ein arbeitsintensiver Kampagnenstil verfolgt, der sich auf die Mobilisierung von Parteimitgliedern und freiwilligen Wahlkampfhelfern stützt (vgl. Plasser 2003: 114f.). Dieser organisationszentrierte Ansatz gehört zum traditionellen Repertoire von Wahlkampfführung und wird sogar teilweise in eine „vormoderne Phase der Wahlkampfführung“ (vgl. Plasser 2003: 115) eingeordnet. Dem als modern und erfolgreich dargestellten Konzept des strategischen Politikmarketings mit seiner Ausrichtung auf Massenkommunikation durch die Medien und speziell das Fernsehen (vgl. Schenk/ Tenscher 1998: 351f.) widersprach die Strategie der LINKEN, den direkten Kontakt zum Wähler zu suchen und dadurch gerade die Unwägbarkeiten einer eventuellen politischen Negativkampagne durch die Medien ausschalten zu wollen. Vor allem an diesem Punkt lässt sich feststellen, wie wenig übertragbar und wie bremisch die Wahlkampfstrategie der LINKEN war, denn nur im überschaubaren Bremen, dem kleinsten Bundesland, war es möglich, mit relativ geringem Aufwand einen solch intensiven Straßenwahlkampf zu führen, viele Bürger zu erreichen und eine Präsenz der Kandidaten im Stadtbild sicherzustellen und sich eben nicht auf mediale Multiplikatoren verlassen zu müssen. An seine Grenzen stieß das Konzept aber aufgrund der mangelnden Verankerung in Bremerhaven.

3. Analyse des Wahlergebnisses

Das Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahl vom 13. Mai 2007, an der sich 57,6 Prozent der zugelassenen Wählerinnen und Wähler beteiligten (279.889 von 486.072), bestätigte die SPD als stärkste Partei des Bremer Parteienspektrums²¹. Trotz eines Stimmenverlustes von 5,5 Prozentpunkten, dem größten Stimmenverlust unter allen angetreten Parteien, erreichte sie am Wahlabend 36,8% der abgegebenen Stimmen. Im Rückblick betrachtet war dies für die SPD aber das zweit-schlechteste Ergebnis seit 1945.²² Die CDU erreichte 25,7%; ein Verlust von 4,1 Prozentpunkten gegenüber dem Ergebnis der Wahl 2004. Die Grünen konnten mit 16,4% der Stimmen und einem Gewinn von 3,6 Prozentpunkten ihr bislang

bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit ihrer Parteigründung verbuchen. Die FDP gewann 1,8 Prozentpunkte hinzu und erzielte ein Ergebnis von 6,0%, welches ihr den Wiedereinzug ihrer Fraktion in die Bremische Bürgerschaft bescherte. Die DVU konnte ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl um 0,3 Prozentpunkte auf 2,7% der Stimmen leicht verbessern. DIE LINKE. erreichte ein Ergebnis von 8,4% und konnte als viertstärkste Fraktion ins Parlament einziehen (siehe: Grafik 2). Insgesamt hatten sich 23.189 Wähler für DIE LINKE. entschieden. Im Jahr 2003 erzielte die PDS, aus der später – gemeinsam mit der

Grafik 2

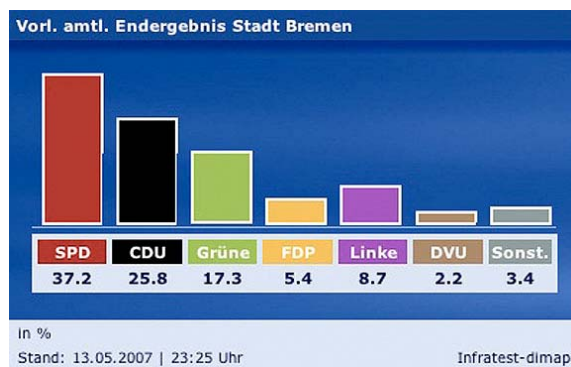


WASG – die 2007 angetretene DIE LINKE. hervorging, nur 1,7 Prozentpunkte (4.885 Wählerstimmen). Auch bei den Bürgerschaftswahlen 1999 und 1995 „pendelte“ sie um die Zwei-Prozent-Marke (siehe hierzu auch Kapitel 2).²³

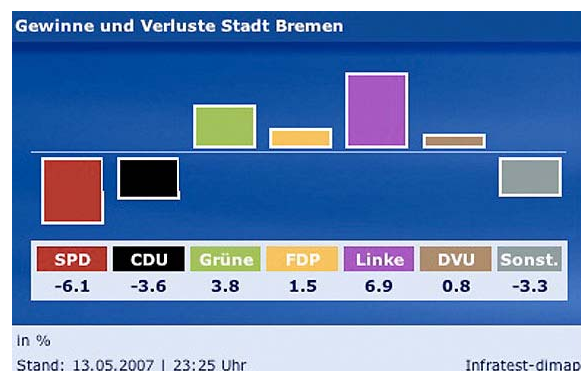
3.1 Wahlergebnis Stadt Bremen

In der Stadtgemeinde Bremen, in der knapp 84% der landesweit gültigen Stimmen abgegeben

Grafik 4



Grafik 3



wurden, erreichte die SPD nur noch 37,2% der Stimmen; ein Verlust von 6,1 Prozentpunkten. Die CDU verlor 3,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2003 und konnte 25,8% der Bremer Stimmen auf sich vereinigen. Die Grünen konnten mit einem Ergebnis von 17,3% ein Plus von 3,8 Prozentpunkten verbuchen. Die FDP gewann 1,5 Prozentpunkte hinzu und kam auf ein Ergebnis von 5,4%. Die DVU konnte ebenfalls leicht zulegen (0,8 Prozentpunkte) und erzielte einen Anteil von 2,2% am Bremer Ergebnis. Deutlichster Gewinner, auch in der Stadtgemeinde Bremen, war – gemessen am Stimmen-

²¹Die in Kapitel 4 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf das vorläufige amtliche Endergebnis, das vom Wahlleiter dokumentiert wurde: Vgl.: Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen, Bd. 110, Bremen.

²²Das schlechteste Ergebnis bei einer Bremer Bürgerschaftswahl erzielte die SPD 1995 mit 33,4%.

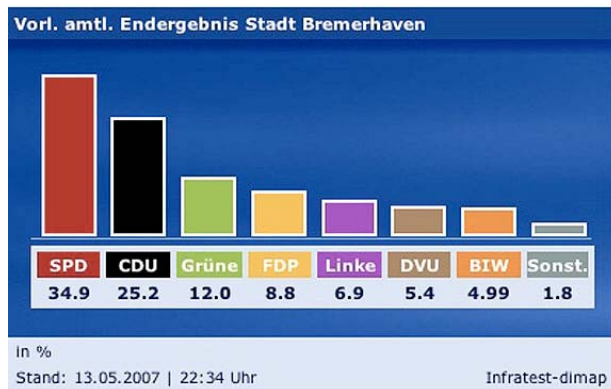
²³Die Grafiken 1-6 sowie 7-12 wurden bezogen von: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv> (Zugriff am 28. Mai 2007).

zuwachs – DIE LINKE. mit einem Plus von 6,9 Prozentpunkten und einem Ergebnis von 8,7%.

3.2 Wahlergebnis Stadt Bremerhaven

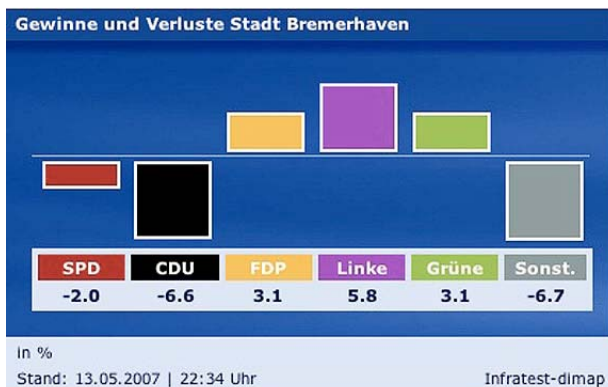
In Bremerhaven, wo rund 16% der landesweit gültigen Stimmen abgegeben wurden, verlor die SPD 2,0 Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl des Jahres 2003 und erreichte nur noch einen Anteil von

Grafik 5



34,9%. Die CDU verlor 6,6 Prozentpunkte und erzielte ein Ergebnis von 25,2%. Hinzugewinnen konnten die Grünen, die mit einem Plus von 3,1 Prozentpunkten 12,0% der Stimmen auf sich vereinbaren konnten. Gleichmaßen mit 3,1 Prozentpunkten gewann die FDP hinzu und verbesserte ihr Bremerhavener Ergebnis auf 8,8%. Die DVU verlor 1,8 Prozentpunkte, schaffte es aber mit einem Ergebnis von 5,4% in Bremerhaven über die Fünf-Prozent-Hürde. DIE LINKE. war auch in Bremerhaven deutlichster Gewinner der Wahl und konnte mit einem Zugewinn von 5,8 Prozentpunkten ein Ergebnis von 6,9% erreichen.

Grafik 6



Die Wahlergebnisse im Land Bremen, in der Stadt Bremen und in der Stadt Bremerhaven zeigen, dass DIE LINKE. in der Gunst der Bremer Wähler deutlich zulegen konnte und die Rolle eines neuen Akteurs im Bremer Parteiensystem (zumindest für die begonnene Legislaturperiode) einnimmt. Betrachtet man die Ergebnisse der LINKEN in den beiden Wahlbereichen, kann man feststellen, dass DIE LINKE. in der Stadt Bremen ein besseres Ergebnis als in Bremerhaven erzielen konnte und auch die Stimmenzuwächse in Bremen noch ein wenig

höher lagen als die Stimmenzuwächse in Bremerhaven.

3.3 Wählerwanderung

Grafik 7



Beim Blick auf die Wählerwanderungen, die zwischen den angetretenen Parteien stattfanden, erhält man das folgende Bild²⁴: DIE LINKE. erhielt im Saldo Wählerzuströme von allen anderen Parteien, mit Ausnahme der FDP. Zwischen FDP und DIE LINKE. konnte keine Wählerwanderung gemessen werden. Eine Wanderung von ehemaligen PDS-Wählern zu anderen Parteien hat im Saldo nicht stattgefunden. Bei einer kleinen

Stammwählerschaft von 3.000 Wählern konnte DIE LINKE. insgesamt 19.000 Stimmen im Saldo dazu gewinnen – davon 6.000 Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern, 1.000 von ehemaligen CDU-Wählern, 3.000 von ehemaligen Wählern der Grünen, 4.000 von anderen Parteien (u.a. ehemalige Schill-Partei und DVU) und 2.000 ehemalige Nichtwähler.

²⁴Die im Kapitel 4.3 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf die Wahltagsbefragungen (exit-polls) des Meinungsforschungsinstituts „infratest dimap“ vom 13.05.2007, die im Auftrag für die ARD durchgeführt wurden. Vgl.: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv> (Zugriff am 28. Mai 2007).

DIE LINKE. konnte also insbesondere die Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen, die 2003 noch SPD gewählt hatten. Auch gelang es ihr, viele Wähler der kleineren Parteien (Protest-Parteien) für sich zu gewinnen. Keine der 2007 ins Parlament gewählten Parteien erfuhr von den ehemaligen Wählern der kleineren Parteien einen größeren Zulauf als DIE LINKE. Selbst für die Grünen, die im Vergleich zu 2003 gut zulegen konnten, zeigt die Wählerwanderungsstatistik, dass sie die größte Gruppe ihrer „Abwanderer“ an DIE LINKE. verloren (3.000 Wähler).

4. Darstellung und Analyse sozial-struktureller Daten

4.1 Wähler der LINKEN aus verschiedenen Altersgruppen

Analysiert man das Ergebnis der LINKEN, zeigt sich, dass sie in der Alterskohorte der 45- bis 59-jährigen Wähler einen, im Verhältnis zum durchschnittlichen Ergebnis von 8,4%, recht hohen Stimmenanteil erhielt: In dieser Kohorte erzielte DIE LINKE. ein Ergebnis von 13%²⁵. In den jüngeren Altersgruppen erreichte die Partei einen Stimmenanteil, der dem des Gesamtergebnisses nahe liegt (Kohorte „18 - 24 Jahre“: 8 %; Kohorte „25 - 34 Jahre“: 8%; Kohorte „35 - 44 Jahre“: 9%). Nur in der Alterskohorte der älteren Wähler (ab 60 Jahren aufwärts) erhielt DIE LINKE. einen unterdurchschnittlichen Stimmenanteil von lediglich 6% (siehe Grafik 8).

Grafik 8



Zur Erklärung des überproportionalen Stimmenanteils in der Alterskohorte „45 - 59 Jahre“ können mehrere mögliche Gründe angeführt werden. Zunächst könnte ein Blick auf die Geburtsjahrgänge der Angehörigen dieser Altersgruppe helfen: Es sind die Jahre 1948 bis 1962. Der Zeitraum ihres Erwachsenwerdens und der Politisierung, der einen bedeutenden Punkt im Sozialisationsprozess des Individuums darstellt (vgl. Geißler 1996: 51), fiel in etwa in die Zeit von 1964 bis 1978. In diesen Jahren, besonders in der Mitte des Zeitabschnittes, kam es zu großen gesellschaftlichen Veränderungen, die sich auch in der Politik niederschlugen: Die Studentenproteste 1967/68, die Wahl von Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik und der damit verbundenen erstmaligen Abwahl einer unionsgeführten Bundesregierung sind die wichtigsten Ereignisse dieser Umbruchsphase. Diese durch die so genannte Achtundsechziger-Generation geprägte Phase wurde unter anderem im Jahr 2003 von Jürgen Busche näher untersucht (vgl. Busche 2003). Zu den von der „Achtundsechziger-Bewegung“ verfolgten Zielen gehörte auch die Abkehr vom kapitalistischen System. Durch diesen „anti-konservativen“ Trend, ausgelöst durch die Achtundsechziger-Generation, wird u.a. der Zulauf zu den Parteien „links“ von der CDU erklärt. Es ist in diesem Zusammenhang zu

²⁵ Die im Kapitel 5.1 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf die Wahltagsbefragungen (exit-polls) des Meinungsforschungsinstituts „infratest dimap“ vom 13.05.2007, die im Auftrag für die ARD durchgeführt wurden (vgl.: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv>, Zugriff am 28.5.2007).

prüfen, ob höher gebildete Wähler überproportional für DIE LINKE gestimmt haben, um diesen Erklärungsansatz zu verifizieren. Dies soll im Abschnitt 5.2.4 geschehen.

Zur Erklärung des unterdurchschnittlichen Stimmenanteils von DIE LINKE bei den älteren Wählern (60 Jahre und älter) kann das Wahlergebnis der beiden großen Parteien SPD und CDU hinzugezogen werden: Nach Altersgruppen aufgeteilt erzielten die Christdemokraten in der Kohorte „60 Jahre und älter“ einen Anteil von 34%; das sind ca. 12 Prozentpunkte mehr, als es dem CDU-Anteil des Gesamtergebnisses aller Altersgruppen entspricht. Auch die SPD erreichte in dieser Kohorte einen Stimmenanteil von 42%, lag hier also 5 Prozentpunkte höher, als es das Gesamtergebnis für die SPD auswies. Erklärungsgründe dürften in der ausgeprägten Parteibindung und Parteiloyalität dieser Altersgruppe liegen. Ältere Wählerinnen und Wähler wechseln weitaus seltener die Partei, sie sind also loyaler als jüngere (vgl. Schoen 2005: 367-386).

ALTER	PERSONENZAHL	ANTEIL AN GESAMT-WÄHLERSCHAFT
18 - 24	15.970	6,8%
25 - 34	23.250	9,9%
35 - 44	41.569	17,7%
45 - 59	64.114	27,3%
60 – x	89.948	38,3%

Um die Größe des Anteils der älteren Wählerschaft (60 Jahre und älter) an der Gesamtwählerschaft zu veranschaulichen, soll nun ein Überblick über die Altersstruktur der Wähler, die sich an der Bürgerschaftswahl im Wahlbereich der Stadt Bremen beteiligt haben, gegeben werden²⁶. Dieser Vergleich verdeutlicht, dass mehr als jeder dritte an der Wahl beteiligte Wähler

älter als 59 Jahre war. Da die jetzigen Mitglieder der Alterskohorte „60 bis x“ des Jahres 2007 aus natürlichen Gründen (Sterbefall) bei den nächsten Bürgerschaftswahlen, die voraussichtlich im Jahr 2011 und 2015 stattfinden, nicht mehr wählen werden, ist diese Gruppe für DIE LINKE weniger wichtig als es das Wahlergebnis nahe legt.

4.2 Das Wahlverhalten von Frauen und Männern

Betrachtet man das Wahlergebnis von 8,4%, dass DIE LINKE¹ bei der Bürgerschaftswahl erzielen konnte, nach Geschlechtern aufgeteilt, so zeigt sich das folgende Bild: Während DIE LINKE von der Gesamtzahl der Wählerinnen einen leicht unterdurchschnittlichen Stimmenanteil von 7% erhielt, ent-

Grafik 8



Grafik 9



schieden sich 10% der männlichen Wähler für die Partei; das sind 2,6 Prozentpunkte mehr im Vergleich zum Gesamtergebnis.

4.3 Das Wahlverhalten der Erstwähler

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, welchen Stimmenanteil DIE LINKE unter den jungen Wählerinnen und Wähler, die am 13. Mai 2007 erstmals an der Bremer Bürgerschaftswahl teilnehmen durften, da sie zwischen dem Wahltermin 2003 und dem Wahltermin 2007 das 18. Lebensjahr

²⁶Die Daten basieren auf den Angaben des Statistischen Landesamtes: vgl. Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen, Bd. 110, Bremen, S. 28. Da entsprechende Statistiken nicht für Bremerhaven vorlagen, kann die Tabelle nur die Stadt Bremen berücksichtigen. Sie ist deswegen nur zur Veranschaulichung gedacht.

vollendet haben, erzielen konnte. Von allen zur Wahl abgegebenen Stimmen entfielen knapp 5% auf diese Kohorte²⁷. DIE LINKE. wurde von den Erstwählern etwas weniger stark gewählt als von der allgemeinen Wählerschaft und kam hier auf nur auf 7% Stimmenanteile gegenüber dem Gesamtergebnis von 8,4%.

Erstwähler haben in der Regel noch keine Parteibindung, da sie sich zum ersten Mal an einer Wahl beteiligen. DIE LINKE. konnte bezüglich der Parteibindung auch nur auf die Treue eines sehr kleinen Wählerreservoirs aus dem PDS-Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2003 hoffen (1,7%). Da es gemeinhin schwieriger ist, Wähler mit fester Parteibindung bzw. Parteiidentifikation dazu zu überzeugen, eine andere Partei zu wählen, verwundert es, dass in der leichter zu überzeugenden Klientel der Erstwähler DIE LINKE. nur ein unterdurchschnittliches Teilergebnis erzielte. Dieser Sachverhalt könnte ein Indiz dafür sein, dass im Wahlkampf nicht ausreichend auf die leichter zu überzeugenden Erstwähler zugegangen wurde. Eine weitere Erklärung für das leicht unterdurchschnittliche Abschneiden der LINKEN bei den Erstwählern könnte darin liegen, dass sich der Jugendverband der Partei „linksjugend’solid“ erst eine Woche nach der Bremer Bürgerschaftswahl auf seiner Bundesdelegiertenkonferenz (18.-20.05.2007) gegründet hat²⁸, es also vorher keine direkte Parteigliederung gab, die sich auf junge Wähler konzentrierte. Dabei konnte DIE LINKE. auch nicht auf eine Hochschulgruppe zurückgreifen, die im Umfeld der Bremer Universität mit ihren knapp 20.000 Studierenden hätte Wahlkampf machen können²⁹.

4.4 Wahlverhalten nach Bildungsgruppen

Bei der Bürgerschaftswahl 2007 konnte DIE LINKE. bei Wählern mit Abitur bzw. Hochschulabschluss einen leicht höheren Stimmenanteil (9%) als im Gesamtergebnis (8,4%) erzielen.³⁰ Den größten Zugewinn im Vergleich zum Ergebnis der PDS 2003 konnte DIE LINKE. aber bei den Wählern mit sehr niedrigem Bildungsgrad verbuchen: Hier erhielt sie ein Plus von 8 Prozentpunkten und erreichte ein Teilergebnis von 8%. Dies zeigt, dass DIE LINKE. die Angehörigen bildungsferner Haushalte ansprechen konnte, denn zur Wahl 2003 erzielte die PDS in dieser Personengruppe noch ein deutlich schwächeres Resultat (unter 1%). Dennoch hat DIE LINKE. – wie 2003 die PDS – eine verhältnismäßig überdurchschnittliche Wählerschaft in der Gruppe der Wähler mit hohem Bildungsgrad. In der mitgliederstärksten Kohorte der Menschen mit mittlerem Bildungsgrad erzielte DIE LINKE. einen Anteil von 7%. Die Stimmenzuwächse konnten also weniger aus dem Lager der intellektuell-linksorientierten Wählerschaft rekrutiert werden, sondern vielmehr aus dem Lager der gering gebildeten Wähler, die sich auch aufgrund ihrer schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt in einer sozial-schwierigen Situation befinden.

4.5 Wähler der LINKEN nach verschiedenen Berufsgruppen

In diesem Abschnitt soll nun das Wahlverhalten unterschiedlicher Berufsgruppen analysiert werden. Dazu sollen die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbständigen und den Arbeitslosen näher betrachtet werden³¹.

Laut der Bremer Bevölkerungsstatistik aus dem Mikrozensus 2006 waren im Jahr 2006 in Bremen und Bremerhaven etwa 75.800 Arbeiter gemeldet. Das entspricht einem Anteil von knapp 12% an der landesweiten Bevölkerung. Der Anteil der etwa 150.800 Angestellten betrug 2006 knapp 23%. Die im

²⁷Vgl.: Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen, Bd. 110, Bremen, S. 28. Da entsprechende Statistiken nur für die Stadt Bremen - nicht für Bremerhaven vorlagen, kann der Wert von knapp 5% nur abgeschätzt werden.

²⁸Vgl. „linksjugend’solid“ Bundesverband, Internetseite: www.solid-web.de/view.php?file=solid/platt-form.html (Zugriff am 09.07.2007).

²⁹SPD, CDU, FDP und Grüne haben organisierte Hochschulgruppen an der Bremer Universität.

³⁰Die in Kapitel 5.4 genannten Wahlergebnisse basieren auf Daten aus der Wahlanalyse der SPD: SPD-Parteivorstand, Bürgerschaftswahl Bremen – 13. Mai 2007 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

³¹Die im Kapitel 5.5 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf Daten aus der Wahlanalyse der SPD: SPD-Parteivorstand, 2007 Bürgerschaftswahl Bremen – 13. Mai 2007 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

Land Bremen gemeldeten 14.800 Beamten machten einen Anteil von rund 2% an der Gesamtbevölkerung aus. Etwa 27.900 Landesbürger waren – laut Mikrozensus – selbständig tätig. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes liegt damit bei rund 4%³². Die Quote der Arbeitslosen im Land Bremen lag im Wahlmonat Mai 2007 bei 12,8%³³. In der Gruppe der Arbeiter erhielt DIE LINKE. mit 12% Stimmanteilen ein deutlich überdurchschnittliches Wahlergebnis (+4,5 Prozentpunkte verglichen zum Gesamtergebnis). DIE LINKE., die SPD (45% Stimmanteil) und die DVU (7% Stimmanteil) sind die einzigen Parteien, die in dieser Kohorte überproportional abschneiden konnten. Alle anderen Parteien erhielten hier schlechtere Werte.

Grafik 5



Blickt man auf das Wahlverhalten der Arbeitslosen in Lande Bremen, zeigt sich für DIE LINKE. ein besonders günstiges Bild: In dieser Kohorte erhielt sie einen Stimmanteil von 20%, der den Anteil des Gesamtergebnisses (8,4%) bei weitem übertrifft. Alle anderen Parteien erzielten in der Kohorte der Arbeitslosen – verglichen mit ihrem jeweiligem Gesamtergebnis – unterdurchschnittliche Ergebnisse, mit Ausnahme der FDP, die mit einem Anteil von 6% bei den arbeitslosen Wählern im Spektrum ihres Gesamtergebnisses liegt. Jeder fünfte Arbeitslose entschied sich für DIE LINKE., was sie in dieser Kohorte zur zweitstärksten Kraft nach der SPD werden ließ. Bei den weiteren Berufsgruppen wich das Ergebnis der LINKEN nicht deutlich vom Gesamtergebnis ab: Bei den Angestellten (der größte Berufsgruppe) erreichte sie einen Anteil von etwa 8%. In der Gruppe der Beamten lag der Stimmenanteil der LINKEN bei etwa 9%, bei den Selbständigen bei etwa 8%³⁴.

Diese Daten zeigen, dass DIE LINKE. besonders bei den Arbeitslosen einen sehr großen Zuspruch erhielt. Auch die Arbeiter entschieden sich überdurchschnittlich oft für die Partei. In keiner Berufsgruppe erhielt DIE LINKE. einen Anteil unterhalb von 8%. Auch unter den Selbständigen, die sich mehrheitlich für die bürgerlichen bzw. konservativen Parteien entschieden haben, konnte sich DIE LINKE. ein Ergebnis auf dem Niveau ihres Gesamtergebnisses erzielen. Da DIE LINKE. in der Gruppe der Arbeitslosen die Partei mit dem zweithöchsten Wählerzuspruch war, soll diese Gruppe nun noch etwas näher betrachtet werden. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl 2003 erzielte die Vorgängerpartei PDS bei den Arbeitslosen einen Stimmanteil von ca. 4%. Es ist also ein Stimmenzuwachs von 16 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl 2007 zu verzeichnen. Gleichzeitig verlor die SPD bei den Arbeitslosen im Vergleich zum Wahlergebnis von 2003 knapp 10 Prozentpunkte. Auch die Grünen büßten in dieser Gruppe ein: Während sie 2003 noch zweitstärkste Kraft bei den Arbeitslosen werden konnten (21% Stimmanteil) und im Vergleich zu ihrem damaligen Gesamtergebnis (12,8%) hier überproportional abschnitten, erlitten sie 2007 bei den Arbeitslosen Einbußen von neun Prozentpunkten und erhielten nur noch 13% der Stimmen in dieser Gruppe. DIE LINKE. hatte es 2007

³²Diese Zahlen basieren auf den Statistiken aus dem Mikrozensus 2006 (vgl. Statistisches Landesamt Bremen, 2007, Statistische Berichte: Bevölkerung, Haushalte und Erwerbstätige im Lande Bremen 2006, Bremen).

³³Vgl. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Informationen zum Arbeitsmarkt des Landes Bremen - Mai 2007 - Bremen.

offenbar geschafft, die Arbeitslosen für sich zu gewinnen und sie der SPD und den Grünen als Wähler abzuwerben.

Außerdem erhielt DIE LINKE. in der Gruppe der Arbeitslosen auch Zuspruch von ganz anderer Seite: Die DVU hatte im Jahr 2003 bei den Arbeitslosen einen Stimmenanteil von 6% erzielen können und hatte ihr Ergebnis, trotz des Antretens der Schill-Partei (die damals 3% der Stimmen unter Arbeitslosen erhielt) im Vergleich zur Wahl von 1999 um 2 Prozentpunkte verbessert.³⁵ Bei der Bürgerschaftswahl 2007 hatte die DVU keine Konkurrenz von der Schill-Partei mehr, da diese nicht mehr angetreten war. Dennoch verschlechterte sich ihr Ergebnis bei den Arbeitslosen um immerhin einen Prozentpunkt. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass die Arbeitslosen, die sich 2003 für die DVU und die Schill-Partei entschieden hatten, um ihrem Protest gegen die etablierten Parteien Ausdruck zu verleihen, sich nun für DIE LINKE. entschieden haben. Dafür spricht, dass in der Gruppe der Arbeitslosen neben DIE LINKE. nur die FDP einen Stimmenzuwachs (3 Prozentpunkte) verbuchen konnte, es also keinen Zulauf der Arbeitslosen zu weiteren Parteien gab³⁶. Natürlich darf hieraus nicht generell abgeleitet werden, dass die Arbeitslosen in ihrer Mehrheit reine Protestwähler sind.

4.6 Wahlverhalten unter den Gewerkschaftsmitgliedern

Da den Wählern der LINKEN die Arbeitsmarktpolitik und die Frage der sozialen Gerechtigkeit besonders wichtig waren (siehe dazu: Kapitel 5.4), soll hier noch das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder kurz untersucht werden. Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die an der Wahl teilnahmen, gaben 13% ihre Stimme an DIE LINKE.³⁷ Im Vergleich zu 2003 entspricht das einem Plus von 10 Prozentpunkten. Von den Wählern, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, gaben nur 7% ihre Stimme an DIE LINKE. (+6 Prozentpunkte). Die Analyse dieses Teilergebnisses zeigt, dass sich die Wähler, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, überdurchschnittlich oft für DIE LINKE. entschieden haben. Dabei darf vermutet werden, dass der Zustrom der Gewerkschafter zu DIE LINKE. größtenteils aus Richtung der SPD kommt: Die SPD erfuhr nämlich unter den Gewerkschaftern einen Stimmenverlust von 6 Prozentpunkten und fiel hier mit einem Resultat von 45% der Stimmen erstmals seit über zehn Jahren unter die 50%-Marke.

4.7 Wähler der LINKEN nach verschiedenen Konfessionen

Betrachtet man das Wahlergebnis für DIE LINKE. nach verschiedenen Konfessionen aufgeschlüsselt, zeigt sich, dass sich insbesondere konfessionell nicht gebundene Wähler überproportional für diese Partei entschieden haben: In dieser Gruppe erreichte DIE LINKE. einen Stimmanteil von 13%. Bei katholischen und evangelischen Wählern erhielt DIE LINKE. jeweils einen Anteil von 6% der Stimmen.

4.8 Wahlverhalten nichtdeutscher EU-Bürger in Bezug auf DIE LINKE

Da auf der Ebene der Beiratswahlen bzw. der Wahl zur Bremischen Stadtbürgerschaft (dem Kommunalparlament der Stadtgemeinde Bremen) sich neben der Deutschen Bevölkerung auch die in Bremen gemeldeten Bürger aus anderen EU-Staaten beteiligen durften, lohnt ein Blick auf dieses Teilergebnis: DIE LINKE. erzielte hier einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil von 10,4 Prozent. Zum Vergleich: SPD und CDU schnitten bei den EU-Bürgern im Verhältnis zu ihrem Gesamtstimmenanteil unterdurchschnittlich ab (33,4%, bzw. 24,3%) während die Grünen ebenfalls einen überdurchschnittlichen Zuspruch von den EU-Bürgern erhielten (21,8%, bzw. 6,2%)³⁸.

³⁵ Dies geht hervor aus der einer Analyse der Bürgerschaftswahl 2003, in der ein Vergleich zur Wahl 1999 gezogen wird. Vgl.: SPD-Parteivorstand, 2003, Bürgerschaftswahl Bremen – 25. Mai 2003 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

³⁶ Jedoch muss hier angemerkt werden, dass über die 2007 angetretene Partei „Bürger in Wut“, die ein landesweites Ergebnis von 4,99 % Stimmenanteil erzielte und damit knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, keine detaillierten Daten bezüglich des Wählerzuspruchs vorlagen.

³⁷ Die in Kapitel 5.6 genannten Wahlergebnisse basieren auf Daten aus der Wahlanalyse der SPD: SPD-Parteivorstand, Bürgerschaftswahl Bremen – 13. Mai 2007 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

³⁸ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/news/2007/15.htm> (Zugriff am 20.08.2007).

5. Darstellung und Analyse sozial-psychologischer Daten

5.1 Wahlentscheidende Themen

In diesem Abschnitt soll aufgezeigt werden, welche politischen Themen für die Wähler der LINKEN besonders relevant waren bzw. zur Wahlentscheidung beigetragen haben. Für die Wähler der LINKEN war insbesondere das Thema der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend. 69% der von infratest dimap befragten Wähler gaben dieses Thema als das wichtigste an, dass ihre Wahlentscheidung beeinflusst hat.³⁹

Grafik 6



Das zweitwichtigste Thema, das von den Wählern der Partei DIE LINKE. genannt wurde, war die Arbeitsmarktpolitik, die aber mit 33% weit hinter dem Wert für die soziale Gerechtigkeit liegt. Nach der Arbeitsmarktpolitik folgen – wieder mit einem Abstand – die Bildungspolitik (17%) und die Wirtschaftspolitik (16%).

Die Dominanz des Themas „soziale Gerechtigkeit“ unter den Wählern der LINKEN wird besonders deutlich, wenn man die Wählerschaft dieser Partei mit der allgemeinen Wählerschaft vergleicht: Von allen befragten Wählern nannten 31 % dieses Thema als das wichtigste, wahlentscheidende Thema. Mit diesen 31% hat die „soziale Gerechtigkeit“ zwar den höchsten Stellenwert unter den wahlentscheidenden Themen bei der allgemeinen Wählerschaft, trotzdem ist dieser Anteil deutlich geringer, als das Resultat aus der Befragung der Wähler der LINKEN. Hier lohnt auch ein Vergleich zur Wählerschaft der SPD: Unter den befragten SPD-Wählern hielt die Mehrheit die soziale Gerechtigkeit ebenfalls für das wichtigste Thema, diese Mehrheit war jedoch nur eine relative Mehrheit und belief sich auf 36%. Dieser Wert liegt zwar 5 Prozentpunkte über dem Wert der Gesamtwählerschaft, aber dennoch deutlich unter dem Wert der Wählerschaft der LINKEN. Richtet man in der Wählerschaft der LINKEN den Fokus auf die neuen Wähler der Partei, zeigt sich eine ähnliche Themengewichtung wie im allgemeinen Ergebnis. Die hinzugewonnenen Wähler unterscheiden sich hier also nicht von den Stammwählern der LINKEN.

5.2 Einfluss des Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung

Vergleicht man die drei Einflussgrößen „Kandidat – Kompetenz – Parteibindung“ mit Blick auf die Wahlentscheidung der Wähler der LINKEN, zeigt sich folgendes Bild: Der Spitzenkandidat der Bremer LINKEN, Peter Erlanson, spielte für die Entscheidung der Wähler, DIE LINKE. zu wählen, eine geringe Rolle. Nur 7% der Befragten gaben an, dass für sie die Person des Spitzenkandidaten die entscheidende der drei genannten Einflussgrößen war⁴⁰. Im Vergleich zu den Wählern der anderen

³⁹Die im Kapitel 6.1 genannten Daten stützen sich auf die Wahltagsbefragungen (exit-polls) des Meinungsforschungsinstituts „infratest dimap“ vom 13.05.2007, die im Auftrag für die ARD durchgeführt wurden (vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv>, Zugriff am 28.5.2007).

⁴⁰Die in Kapitel 6.2 genannten Daten basieren auf Daten aus der Wahlanalyse der SPD: SPD-Parteivorstand, Bürgerschafts-

Parteien ist dies der niedrigste Wert. Insbesondere den SPD-Wählern war die Person Jens Böhrnsen als Kandidat im Vergleich sehr viel wichtiger (31%).

Von den Wählern der LINKEN gaben als entscheidende Einflussgröße 9% die Parteibindung an. Dieser – im Vergleich wieder geringe – Wert dürfte aber kaum überraschen, denn schließlich gaben bei der Wahl 2003 lediglich 1,7% der Wähler ihre Stimme an die Vorgängerpartei PDS.

Die bedeutendste der drei Einflussgrößen für die Wähler der LINKEN war die Kompetenz. Das gaben 80% der Befragten an. Damit übersteigt dieser Wert den Durchschnittswert aller befragten Wähler (52%) um fast 30 Prozentpunkte. Hier lohnt wieder ein Vergleich zu den Wählern der SPD, denn von ihnen gaben nur 32% an, dass die Kompetenz die wichtigste Einflussgröße für sie war. Überproportional war also den Wählern der LINKEN die Kompetenz der Partei wichtig. Daneben wirken die Einflussgrößen Kandidat und Parteibindung unter den DIE LINKE.-Wählern marginal.

6. Regionale Unterschiede im Wahlverhalten

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, in welchen Ortsteilen der Städte Bremen und Bremerhaven DIE LINKE. über- bzw. unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielte. Auch soll verglichen werden, wie die Wahlergebnisse in Wohngebieten mit unterschiedlicher Einwohnerdichte ausfielen.

6.1 Regionale Verteilung der Stimmen für DIE LINKE im Wahlbereich Bremen

Betrachten wir zunächst das Wahlgebiet Bremen: Nach Beiratsbereichen aufgeschlüsselt erreichte DIE LINKE. ihr bestes Ergebnis in den Ortsteilen Östliche Vorstadt (13,6%), Mitte (12,1%), Neustadt (12,1%) und Walle (12,0%).⁴¹ Am schwächsten schnitt die Partei in den bürgerlichen Ortsteilen Horn-Lehe (5,9%), Borgfeld (3,8%) und Oberneuland (3,2%) ab⁴². Bringt man die Ergebnisse aus den Ortsteilen mit den dortigen Wahlbeteiligungsquoten in Verbindung, zeigt sich, dass DIE LINKE. in den Gebieten mit einer hohen Wahlbeteiligung unterdurchschnittliche Ergebnisse erhielt. Eine Ausnahme für die festgestellte Tendenz „hohe Wahlbeteiligung = wenig Stimmen für DIE LINKE.“ bildet das Gebiet der Östlichen Vorstadt, also das so genannte „Viertel“. Hier lag die Wahlbeteiligung mit 67% etwa 8 Prozentpunkte über dem stadtbremischen Durchschnitt (58,6%) und DIE LINKE. erzielte einen Stimmanteil von 13,6%.

Eine der Hauptursachen für den Wahlerfolg der LINKEN 2007 liegt in dem großen Zustrom von ehemaligen Wählern der SPD. Darum lohnt ein gesonderter Vergleich der Hochburgen und Diaspora dieser beiden Parteien bei dieser Wahl. Dabei zeigt sich, dass die Hochburgen von SPD und DIE LINKE. größtenteils in den gleichen Gebieten Bremens liegen, insbesondere in Walle und Gröpelingen, wo beide Parteien überproportional abschneiden konnten. DIE LINKE. konnte aber – im Gegensatz zur SPD – weitere überdurchschnittliche Ergebnisse im Innenstadtbereich, in Findorff, in Huckelriede, in der Neustadt und im „Viertel“ erzielen. Hier lag die SPD überall unter ihrem Durchschnitt. Umgekehrt gab es nur zwei Gebiete, in denen die SPD überdurchschnittliche und DIE LINKE. unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten: Arbergen und Neue Vahr Nord.

6.2 Regionale Unterschiede im Wahlbereich Bremerhaven

Nach Ortsteilen aufgeschlüsselt hatte DIE LINKE. im Wahlbereich Bremerhaven ihre stärksten Stimmenanteile in den Bereichen Goethestraße (9,1%), Mitte-Nord (9,1%), Geestemünde-Süd (9,0%) und Twischkamp (8,6%). Ihre niedrigsten Ergebnisse erhielt die Partei in den Bereichen Schierholz (5,6%), Königsheide (5,2%), Bürgerpark (5,2%) und Speckenbüttel (5,1%).⁴³

wahl Bremen – 13. Mai 2007 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

⁴¹Die in Kapitel 7.1 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf das vorläufige amtliche Endergebnis, das vom Wahlleiter dokumentiert wurde (vgl. Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen, Bd. 110, Bremen).

⁴²Die Gebiete Blockland und Strom, in denen „DIE LINKE.“ Stimmenanteile in Höhe von 4,9% bzw. 4,3% erhielt, sind hier bewusst ignoriert worden, da in diesen Gebieten aufgrund äußerst dünner Besiedlung nur sehr wenige Wahlberechtigte (249 bzw. 263) gemeldet waren.

⁴³Die in Kapitel 7.2 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf das vorläufige amtliche Endergebnis, das vom Wahlleiter dokumentiert wurde: Vgl. Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen,

Im Unterschied zur Stadt Bremen ist in Bremerhaven das Phänomen des geringen Stimmenanteils für DIE LINKE. in Bereichen mit hoher Wahlbeteiligung nicht so ausgeprägt. Nur in Speckenbüttel und Königsheide ist dies der Fall⁴⁴. In den Bereichen mit hoher Wahlbeteiligung konnten – wie in Bremen – insbesondere die CDU und die FDP überproportionale Ergebnisse einfahren (Speckenbüttel/Königsheide) oder die Grünen (im Bereich Surheide⁴⁵). Jedoch konnte DIE LINKE. – wie in der Stadt Bremen – in Bereichen mit niedriger Wahlbeteiligung überproportional abschneiden. So zum Beispiel im Bereich Goethestraße und im Bereich Twischkamp⁴⁶.

Es folgt nun der Vergleich der Hochburgen der LINKEN mit den Hochburgen der SPD: Nur in den Bereichen Surheide und Geestemünde-Süd konnten sowohl DIE LINKE. als auch die SPD überproportional abschneiden. In den Bereichen Goethestraße und Mitte-Süd konnte DIE LINKE. Überproportionale Ergebnisse erzielen bei unterdurchschnittlichen Resultaten für die SPD. Der Bereich Schiffdorfer Damm ist der einzige, in dem die SPD (leicht) überproportional abschneiden konnte bei unterdurchschnittlichen Werten für DIE LINKE.

Bemerkenswerte Parallelitäten finden sich in Bremerhaven bei einem Vergleich der Ergebnisse der LINKEN mit denen der DVU: Überproportionale Ergebnisse konnten beide Parteien in den Bereichen Twischkamp, Klushof, Goethestraße, Mitte-Süd und Leherheide-West erzielen. Dagegen schnitten beide Parteien in den Bereichen Speckenbüttel, Bürgerpark und Schierholz unterdurchschnittlich ab⁴⁷. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass die Wähler, die zwar an der Wahl teilnehmen, ihre Stimme aber aus Protest nicht an eine der etablierten Parteien (SPD, CDU, GRÜNE, FDP) geben wollten, sich bei der Wahl 2007 neben der DVU auch für DIE LINKE. entschieden haben. Offensichtlich ging es diesen Wählern darum, durch ihr Wahlverhalten ihren Protest zu dokumentieren. Ob der Protest sich in der Wahl einer linken oder rechten Partei niederschlägt, scheint einem Teil dieser „Protestwählern“ weniger wichtig zu sein.

6.3 Einfluss der Einwohnerdichte auf das Wahlverhalten

Klassifiziert man die Wähler im Land Bremen in drei Gruppen bezüglich ihrer Wohnsituation, ergibt sich folgendes Bild: In der Gruppe der Wähler aus dicht besiedelten Wohngebieten erzielte DIE LINKE. ein Ergebnis von 9,7% (+7,3 Prozentpunkte). Bei den Wählern aus Gegenden mit mittlerer Besiedlungsdichte erhielt DIE LINKE. einen Stimmenanteil von 8,0% (+6,6 Prozentpunkte) und in der Gruppe der Wähler aus dünn-besiedelten Bereichen kam die Partei auf ein Wahlergebnis von 7,1% (+6,0 Prozentpunkte).⁴⁸ Daraus lässt sich schließen, dass DIE LINKE. besonders in Gegenden mit dichter Besiedlung, wie etwa Hochhaussiedlungen oder Wohnblocksiedlungen stärker gewählt wurde als in den dünner besiedelten Gegenden, zum Beispiel in Villenvierteln oder ländlichen Bereichen. Zusammenfassend lässt sich für die unterschiedlichen Wahlergebnisse der LINKEN in den verschiedenen Ortsteilen Bremens und Bremerhavens mit verschiedener Einwohnerdichte feststellen, dass DIE LINKE. vor allem in den stark bebauten Wohnsiedlungen mit hoher Einwohnerdichte, in denen meist Wähler mit niedrigerem Bildungsgrad wohnen, überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte. Auch in den klassischen Arbeiterquartieren erfuhr sie starken Zuspruch. Hier konnte DIE LINKE. mit ihren Erfolgen oft die SPD schwächen. Auch im akademisch-künstlerisch geprägten Bremer „Viertel“, konnte DIE LINKE. überproportional abschneiden. In den Bremer Ortsteilen, in denen die Wahlbeteiligung hoch lag (z.B. Oberneuland, Horn-Lehe, Borgfeld Schwachhausen), hatte DIE LINKE. Dage-

Bd. 110, Bremen.

⁴⁴In Bereich Speckenbüttel lag die Wahlbeteiligung bei 73,5% (Ergebnis „Die LINKE.“: 5,1%); im Bereich Königsheide bei 65,3% (Ergebnis „Die LINKE.“: 5,2%).

⁴⁵Im Bereich Surheide erhielten die Grünen ein überproportionales Ergebnis von 12,4% bei einer überproportionalen Wahlbeteiligung von 64,7% (im Vergleich zum Gesamtergebnis in Bremerhaven).

⁴⁶Im Bereich Goethestraße lag die Wahlbeteiligung bei 38,0% (Ergebnis „Die LINKE.“: 9,1%); im Bereich Twischkamp bei 44,0% (Ergebnis „Die LINKE.“: 8,6%).

⁴⁷Zum Vergleich hier die Ergebnisse der DVU aus den genannten Bereichen: Twischkamp: 5,5%; Klushof: 7,3%; Goethestraße: 10,0%; Mitte-Süd: 5,6%; Leherheide-West: 6,2%; sowie Speckenbüttel: 2,0%; Bürgerpark: 3,5 % Schierholz: 4,5%.

⁴⁸Die in Kapitel 7.3 genannten Wahlergebnisse basieren auf Daten aus der Wahlanalyse der SPD: SPD-Parteivorstand, Bürgerschaftswahl Bremen – 13. Mai 2007 – Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

gen häufig unterdurchschnittliche Ergebnisse. In Bremerhaven war die Verteilung der Wähler der LINKEN ähnlich. Der für Bremen analysierte Zusammenhang zwischen hoher Wahlbeteiligung und niedrigem Stimmenanteil für DIE LINKE. konnte in Bremerhaven nicht in dieser Deutlichkeit nachgewiesen werden.

6.4 Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven

Zum Wahltermin 2007 war DIE LINKE. erstmals bei der Wahl der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung angetreten. Diese Wahl hatte das folgende Ergebnis:⁴⁹ Die SPD blieb mit 33,6% Stimmenanteil stärkste Kraft, verlor aber gegenüber 2003 nochmals 2,1 Prozentpunkte. Drastischer waren die Verluste für die CDU, die 7,2 Prozentpunkte einbüßte und ein Ergebnis von nur noch 23,7% erhielt. Die Grünen erreichten einen Stimmenanteil von 12,6% und konnten sich leicht verbessern (+1,3 Prozentpunkte). Die FDP verbesserte sich gegenüber 2003 um 2,3 Prozentpunkte und erzielte ein Ergebnis von 9,6% der Stimmen. Die DVU verlor 2,6 Prozentpunkte und erreichte einen Stimmenanteil von 5,5%. DIE LINKE. die erstmals angetreten war, erhielt 6,1% der Stimmen und konnte in das Kommunalparlament einziehen. Dies war der PDS dort bisher genauso wenig gelungen wie das Erringen von Bürgerschaftsmandaten im Land Bremen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,5% und hatte sich im Vergleich zu 2003 (51,1%) kaum verändert.

Tabelle 3: Wahlergebnis Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven in Prozentpunkten

	2007	2003
Wahlbeteiligung	51,5	51,1
SPD	33,6	35,7
CDU	23,7	30,9
Bü 90/Die Grünen	12,6	11,3
FDP	9,6	7,3
DIE LINKE.	6,1	
Bürger in Wut		

6.5 Das Wahlergebnis bei den Bremer Beiratswahlen

Bei den Beiratswahlen in Bremen 2007 ist es der LINKEN gelungen, in insgesamt 16 der 22 bestehenden Beiräte einzuziehen. Für die 6 übrigen Beiräte⁵⁰ hatte sie nicht kandidiert. 2003 war der PDS der Einzug in nur 6 Beiräte gelungen (damals hatte sie allerdings auch nur für 12 Beiräte kandidiert).

Beiratssitze für DIE LINKE. 2007

Tabelle 4			
Beirat	Sitze DIE LINKE. 2007	Sitze PDS 2003	Gesamtzahl Sitze
Blumenthal	2	X	17
Burglesum	1	0	17
Findorff	2	0	15
Gröpelingen	2	1	19
Hemelingen	2	0	19
Horn-Lehe	1	X	15
Huchting	1	0	17
Mitte	2	1	13
Neustadt	2	1	19

⁴⁹Die in Kapitel 7.4 genannten Wahlergebnisse stützen sich auf das vorläufige amtliche Endergebnis, das vom Wahlleiter dokumentiert wurde (vgl.: Statistisches Landesamt Bremen, Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007 – Statistische Mitteilungen, Bd. 110, Bremen).

⁵⁰Blockland, Borgfeld, Oberneuland, Seehausen, Strom, Vahr.

Obervieland	1	0	17
Östliche Vorstadt	3	1	17
Osterholz	1	x	19
Schwachhausen	1	0	19
Veegesack	2	1	17
Walle	2	1	17
Woltmershausen	2	x	13

7. Fazit der Wahlanalyse

DIE LINKE. ist mit ihrem Ergebnis von 8,4% und dem Einzug in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit sieben Mandaten der Wahlgewinner der Bürgerschaftswahl 2007. Ergänzt wird dieser Erfolg noch durch die sehr guten Ergebnisse auf kommunaler Ebene mit 22 Beiratssitzen und 3 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Das Hauptziel ihres Wahlkampfes, der Einzug in die Bürgerschaft in Fraktionsstärke, hat DIE LINKE. bravourös erreicht. Zudem wurde das anvisierte Ziel von sieben Prozent der abgegebenen Stimmen sogar um 1,4 Prozentpunkte übertroffen.

Es verwundert ein wenig, dass die Demoskopien diesen sicheren Einzug der LINKEN nicht vorausgesehen haben, denn knapp die Hälfte ihrer Wähler hatte sich schon vor dem Wahlkampf für sie entschieden. Nur knapp ein Fünftel ihrer Wähler entschlossen sich in den drei Tagen vor der Wahl, DIE LINKE. zu wählen. Bei den Kurzentschlossenen konnte eher die SPD punkten.

Der Stimmenzuwachs für DIE LINKE. in Höhe von 6,7 Prozentpunkten im Vergleich zum Ergebnis ihrer Vorgängerpartei PDS aus dem Jahr 2003 lässt sich durch die großen Wählerzuströme vor allem von ehemaligen SPD-Wählern, ehemaligen Wählern kleinerer Parteien und Nichtwählern erklären. Mit Ausnahme der FDP konnte DIE LINKE. ehemalige Wähler aller anderen Parteien für sich gewinnen. Dabei lässt sich feststellen, dass DIE LINKE. einen überdurchschnittlichen Zuspruch aus der „midlife“-Gruppe der 45-59-jährigen erfuhr, von Senioren und Erstwählern dagegen nur unterdurchschnittlich oft gewählt wurde.

Ein weiterer Unterschied zum Ergebnis der PDS im Jahr 2003 ist der große Zuspruch bei Wählern sowohl mit niedrigem als auch mit hohem Bildungsgrad. Die PDS wurde 2003 fast ausschließlich von höher Gebildeten gewählt. In dieser Wählergruppe konnte DIE LINKE. 2007 deutlich zulegen und gleichzeitig Wähler aus bildungsfernen Haushalten überzeugen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass DIE LINKE. mit einem überproportionalen Stimmenanteil von 20 % zur zweitstärksten Kraft bei den Arbeitslosen wurde. Auch von den Arbeitern und Gewerkschaftern gaben bei dieser Wahl viele ihre Stimme an DIE LINKE. Gerade in diesen drei Gruppen musste die SPD im Vergleich zu 2003 herbe Stimmenverluste verbuchen. Hinsichtlich der unterschiedlichen Stimmanteile für DIE LINKE. in den verschiedenen Ortsteilen Bremens und Bremerhavens lässt sich sagen, dass es der Partei gelungen ist, in die traditionellen Hochburgen der SPD (Walle, Gröpelingen) einzudringen. Damit ist es der LINKEN gelungen, diese bisher traditionellen Wählerreservoirs der SPD zu „knacken“ und nicht nur die Wählerschaft in der früher schon angesprochenen Zielgruppe der Linken und Intellektuellen auszubauen. Zusätzlich wurde mit dem auf die so genannte „proletarische“ Zielgruppe ausgerichteten Wahlkampf eine neue Wählerschaft unter Arbeitern, Arbeitslosen und Gewerkschaftern erschlossen. Insofern war die Wahlkampfstrategie, Wähler „von links und von unten“ zu aktivieren sowie SPD-Wähler und Nichtwähler für sich zu gewinnen eindeutig erfolgreich.

Wie der LINKEN das gelang, macht die Betrachtung der wahlentscheidenden Themen deutlich. Hier kann festgestellt werden, dass das prägende Thema unter der allgemeinen Wählerschaft die Frage der sozialen Gerechtigkeit war. Dies galt besonders für die Wähler der LINKEN: Gab ein gutes Drittel der allgemeinen Wähler dieses Thema als das wichtigste an, waren es bei den Wählern der LINKEN rund zwei Drittel. Dieses Thema wurde von der LINKEN nicht nur als wahlentscheidend erkannt, sondern auch entsprechend in der Themensetzung des Wahlkampfes umgesetzt. Dabei gelang es mit hohem finanziellen Aufwand und geringer Personaldecke den Namen DIE LINKE. mit dem wahlent-

scheidenden Themen zu verknüpfen und sich so als Wahlalternative darzustellen. Der Spitzenkandidat Peter Erlanson und eine enge Parteibindung waren für die Wähler bei weitem nicht so wichtig, wie die Themenkompetenz der Partei in Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Betrachtet man die Wählerwanderung, die wahlentscheidenden Themen und den Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei den Wählern der LINKEN wird zugleich deutlich, dass sie vor allem vom aktuellen politischen Klima profitieren konnte. Ob sich der Erfolg der LINKEN bei künftigen Landtagswahlen in anderen westdeutschen Bundesländern (z.B. 2008 in Niedersachsen, Hessen, Hamburg) und 2011 in Bremen weiter fortsetzen wird, bleibt abzuwarten. Dabei wird nicht nur die Verfassung der nun entstandenen Linkspartei und ihre Politik eine Rolle spielen, sondern sicherlich auch äußere Faktoren, wie etwa die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die Sozialpolitik der amtierenden Regierungen und die künftige Programm- und Wahlkampfgestaltung der großen Konkurrenzpartei SPD.

8. DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft – eine erste Bilanz nach sechs Monaten

Während ihres Wahlkampfes in Bremen hatte DIE LINKE in Bremen hohe Ansprüche an ihre zukünftige Rolle im Bremer Landesparlament und an ihre Politik im kleinsten Bundesland formuliert. „DIE LINKE“, so hieß es in den internen Grundsätzen des Wahlkampfes, „muss einen anderen Politikstil vertreten, eine Partei neuen Typs sein. [...] Sie ist nicht einseitig fixiert auf parlamentarische Politik. Sie ist kein Wahlverein. Sie ist auch professionell, aber sie fällt nicht auf alle Märchen des etablierten politischen Zirkus herein“ (Spehr 2006). Wie sieht es nach einem guten halben Jahr mit diesem Anspruch aus? Wie hat sich DIE LINKE seit ihrem Wahlerfolg in Bremen entwickelt? Wie wird sie ihrer Oppositionsrolle in der Bremischen Bürgerschaft bisher gerecht? Mit welchem Erfolg vertritt sie die Interessen der Wählerinnen und Wähler, die sie im Mai in das Bremer Landesparlament gewählt haben? Der Zeitraum seit der konstituierenden Sitzung der neuen Bremischen Bürgerschaft am 28. Juni 2007 ist zu kurz, um auf diese Fragen eine abschließende Antwort geben zu können. Dennoch lässt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen, die Aufschluss über Anspruch und Wirklichkeit der Politik der Partei DIE LINKE (PDL) in Bremen gibt. Um die gegenwärtigen Turbulenzen und Probleme im Landesverband der PDL in Bremen richtig einordnen zu können, muss an dieser Stelle noch einmal auf die Ausführungen im Kapitel 1.3 verwiesen werden, weil sich aus der Vorgeschichte (Zusammenführung der beiden Quellparteien WASG und Linkspartei.PDS) eine Reihe von Konflikten ableiten lässt, die nach der Wahl wieder aufgebrochen sind.

8.1 Organisatorische Neustrukturierung der Partei DIE LINKE nach der Bürgerschaftswahl

Kurze Zeit nach der Bürgerschaftswahl in Bremen schlossen sich auf Bundesebene die WASG und die Linkspartei.PDS im Juni 2007 zu gemeinsamen Organisation DIE LINKE zusammen. Damit entstand für die Bremer LINKEN die Notwendigkeit, die bis dahin noch formal getrennt auftretenden beiden Quellorganisationen WASG und Linkspartei in einem Landesverband zusammenzuführen. Zunächst führte noch ein gemeinsamer Interimsvorstand, dessen Aufgabe es war, die Fusion der beiden Organisationen auch in Bremen in die Wege zu leiten, die Geschäfte. Dem Anspruch der Basisdemokratie gerecht werdend, wurden zunächst vier Kreisverbände (Bremerhaven, Nordwest, Links der Weser und Mitte-Ost) gegründet, die eigene Kreisvorstände sowie Delegierte für den ersten Landesparteitag wählten. Am 13. Oktober beschloss der 1. Landesparteitag eine Satzung, in der die Organe des Landesverbandes und deren Aufgaben definiert wurden. Die Satzung räumt den Mitgliedern über einen „Mitgliederentscheid“ (§ 6) zwar weitgehende Mitbestimmungsrechte ein, dennoch wurden mit der Verabschiedung der Satzung Zuständigkeiten innerhalb der Landesorganisation formalisiert und interne Entscheidungsabläufe stärker strukturiert. Die Satzung sieht neben den Kreisvorständen und dem Landesvorstand einen Landesrat vor, der gewissermaßen eine Mittlerfunktion zwischen Mitgliedern und gewählten Organen erfüllen soll. Der im Oktober gewählte Landesvorstand umfasst gegenwärtig satzungsgemäß zwölf Mitglieder. An seiner Spitze agiert ein geschäftsführender Vorstand aus zwei gleichberechtigte/n Sprecher/innen, einer/einem stellvertretenden Sprecher/in sowie der/dem Schatzmeister/in. Darüber hinaus bilden acht weitere Mitglieder den erweiterten Vor-

stand. Unter den amtierenden Mitgliedern des geschäftsführenden und erweiterten Vorstandes genießt lediglich der Bundestagsabgeordnete Axel Troost (Sprecher des Landesvorstandes) in Bremen eine gewisse Bekanntheit. Politische Initiativen, die in der Bremer Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit gesorgt hätten, sind bisher vom Landesvorstand nicht ausgegangen.

Die neue Struktur des Landesverbandes setzt sich deutlich von den relativ offenen Organisationsformen ab, in denen die Mitglieder der beiden Quellorganisationen noch während des gemeinsamen Wahlkampfes und unmittelbar nach dem Wahlerfolg miteinander kooperierten und kommunizierten. Um die Basis in Diskussionsprozesse einzubinden, hat man jedoch bestimmte Foren (wie das Offene Plenum), die sich im Wahlkampf bewährt hatten, beibehalten.

8.2 Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft

Die Fraktion der PDL in der Bremischen Bürgerschaft umfasst sieben Mitglieder – davon kommen sechs aus Bremen und eines aus Bremerhaven. In ihrer beruflichen und politischen Orientierung repräsentieren die Abgeordneten der PDL in Bremen nicht nur den sozialpolitischen Anspruch der Partei, sondern auch die verschiedenen Zielgruppen, die von ihr besonders umworben werden⁵¹:

- **Peter Erlanson:** 48 Jahre, Spitzenkandidat und jetzt einer der Fraktionsvorsitzenden der PDL-Fraktion, ist Betriebsrat am Klinikum Bremen Mitte, Mitbegründer der attac-Gruppe in Bremen sowie aktives Mitglied von ver.di. Ihm Wahlkampf fiel ihm die Rolle zu, insbesondere gewerkschaftsnahe Kreise und die „proletarische Zielgruppe“ (internes Wahlkampfpapier) anzusprechen.
- **Monique Troedel:** 61, Jahre, parteilos, ehemalige Betriebsrätin der Bremer Tageszeitung AG, jahrzehntelang aktives Gewerkschaftsmitglied. Sie steht für eine gewerkschaftsnahe und feministische Position (u.a. im Rahmen der gewerkschaftlichen Frauenarbeit). Troedel ist neben Erlanson gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende.
- **Şirvan-Latifah Çakici:** 27 Jahre, gelernte Wirtschaftsassistentin, bis Herbst 2007 Mitarbeiterin einer Krankenkasse, wird in der Partei als „kurdische Sozialpolitikerin“ verortet. Als Deutsche mit Migrationshintergrund repräsentiert sie die Verbindungen der PDL zu den „fortschrittlichen MigrantInnen“ (Zielgruppenbeschreibung der PDL). Çakici wurde nach der Wahl zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt, nimmt diese Funktion aber seit Ende 2007 nicht mehr wahr.
- **Jost Beilken:** 52 Jahre, gelernter Maschinenschlosser, später Ausbildung zum Diplom-Pädagogen. Er gehörte dem linken WASG-Flügel an und steht u.a. für die Verbindungen der PDL zum linken Milieu in Bremen.
- **Klaus-Rainer Rupp:** 52 Jahre, gelernter Chemiefacharbeiter, seit 1984 selbständig als Ingenieur für Steuerungstechnik, war Mitglied in der SPD, DKP, dann PDS bzw. Linkspartei. Er repräsentiert in der Fraktion der PDL eher den intellektuellen Part mit langjährigen Verbindungen zu altlinken Kreisen in Bremen.
- **Inga Nitz:** 28 Jahre, Diplomverwaltungswirtin, Arbeitsvermittlerin in der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS), ver.di-Mitglied. Sie trat 2002 in die Linkspartei ein und ist insbesondere im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Bremen gut vernetzt. Als Mitglied im Naturschutzbund Deutschland (NABU) deckt sie darüber hinaus auch die „ökologische Flanke“ der PDL ab.
- **Walter Müller** (Abgeordneter der PDL aus Bremerhaven): 48 Jahre, Ausbildung zum Dreher, Weiterbildung zum Handelsfachwirt, gegenwärtig Studium der Betriebswirtschaft, Gewerkschaftsmitglied, 2005 Eintritt in die Linkspartei.

Für die Deputationen (Verwaltungsausschüsse) Bildung, Bau, Umwelt und Inneres der Bremischen

⁵¹ DIE LINKE. hatte für die Wahl zwei Hauptzielgruppen anvisiert, die in einem frühen internen Strategiepapier plakativ als die „linke“ und die „proletarische“ Zielgruppe zusammengefasst wurden (vgl. Spehr 2006: 3). Im Einzelnen handelt es sich dabei um „a) von Armut und Ausgrenzung Betroffene / Bedrohte, b) prekär Beschäftigte, c) gewerkschaftlich Organisierte, d) Menschen in sozialen Berufen / sozial Engagierte, e) politische Linke, f) gesellschaftlich interessierte Jugendliche, g) fortschrittliche MigrantInnen“ (Spehr 2007b: 1).

Bürgerschaft hat die PDL des Weiteren vier nichtparlamentarische Abgeordnete benannt. Bisher haben sich zwei Arbeitskreise (Arbeitsgruppe „Bildungspolitik“ und Arbeitsgruppe „Arbeitsmarktpolitik“) gebildet, die Anträge der Linksfraktion in der Bürgerschaft vorbereiten sollen und neben Fraktionsmitgliedern auch Nichtfraktionsmitglieder einbeziehen.

Um die Arbeit der Fraktion zu organisieren, wurden zu Beginn gleich zwei Geschäftsführer verpflichtet, um der Herkunft der PDL aus zwei verschiedenen Quellorganisationen (WASG und Linkspartei) Rechnung zu tragen und damit das bereits im Wahlkampf praktizierte Prinzip der Parität fortzusetzen: Manfred Steglich, der aus dem alten WASG-Zusammenhang kam und u.a. den Wahlkampf mit organisiert hatte, sowie Christoph Spehr, ehemaliger „Parteibildungsbeauftragter“ der Linkspartei, der im Wahlkampf vor allem für Strategiefragen zuständig war und eine Reihe von internen Strategiepapieren verfasst hatte. Steglich wurde Ende Oktober von seiner Tätigkeit entbunden und gekündigt. Er klagt gegenwärtig vor dem Arbeitsgericht gegen seine Entlassung. Christoph Spehr erhielt ebenfalls eine Abmahnung und wurde in den Status eines wissenschaftlichen Mitarbeiters zurückgestuft (die Hintergründe dieser Maßnahmen werden im Kapitel 8.4 genauer dargestellt).

Um die Arbeit der Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft zu unterstützen und wirksam nach außen zu vermitteln, wurden neben den Fraktionsgeschäftsführern nach und nach weitere Stellen besetzt bzw. öffentlich ausgeschrieben, u.a. die für die Öffentlichkeitsarbeit zentrale Position der Pressesprecherin (die erst nach drei Anläufen „richtig“ besetzt werden konnte) sowie Büroleiter/innen/stellen und Referatsstellen für verschiedene Arbeitsbereiche. Gegenwärtig umfasst der Arbeitsstab der Fraktion zwei Büroleiterinnen, eine Referentin für Umwelt und Bau, einen Referenten für Bildung und Wissenschaft, eine Referentin für Kultur, einen Referenten für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, einen Referenten für BürgerInnenbeteiligung und Kommunalpolitik sowie einen wissenschaftlichen Mitarbeiter ohne spezifischen Politikbereich.

Neben den in zentraler City-Lage angemieteten Räumen für die Fraktionsgeschäftsstelle hat die Fraktion drei Abgeordnetenbüros eingerichtet: eines in Bremen Nord, eines Links der Weser und eines im Bremer Westen (wo die PDL überdurchschnittliche Stimmenergebnisse bei der Bürgerschaftswahl erzielen konnte). Ein weiteres Fraktionsbüro gibt es in Bremerhaven.

8.3 Die parlamentarische Arbeit der Fraktion DIE LINKE

In ihrem Fraktions-Newsletter 2 vom 25. September 2007 definiert DIE LINKE in Bremen ihr Verständnis der parlamentarischen Arbeit in der Bremischen Bürgerschaft:

Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus und zum neoliberalen Mainstream aufzuzeigen: Hierin sieht die Fraktion der LINKEN eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Bürgerschaft. So wollen wir als widerständige Opposition Unruhe und Bewegung in die parlamentarische Landschaft bringen. Mit Aktuellen Stunden, Anfragen, Anträgen und Reden, die ein klares Signal ‚nach außen‘ setzen.⁵²

Gemäß dieser Maxime bringt sich die Fraktion der PDL seit ihrem Einzug in die Bremische Bürgerschaft aktiv in die parlamentarische Arbeit ein. Die Homepage der Fraktion und die Protokolle der Bremischen Bürgerschaft weisen von Juni 2007 (konstituierende Sitzung der Bremischen Bürgerschaft nach der Wahl im Mai 2007) bis heute fünf Kleine Anfragen, neun Anfragen in der Fragestunde der Bürgerschaft sowie die Beantragung einer Aktuellen Stunde aus. Darüber hinaus sind elf Anträge und ein Änderungsantrag zu verzeichnen. Die Fraktion hat sich außerdem an einer Reihe interfraktioneller Anträge beteiligt. Die Gegenstände der Anfragen und Anträge der Fraktion decken zwar unterschiedliche Themen ab, konzentrieren sich aber dennoch auf zwei Bereiche, die im Wahlprogramm und politischen Selbstverständnis der PDL eine besondere Rolle spielen: Sozialpolitik und Innenpolitik. Repräsentativ dafür stehen folgende Anfragen und Anträge:

Anfragen:

- Neue Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung des § 22 SGB II (betrifft Hartz IV-Gesetzgebung, Juli 2007),

⁵² Siehe http://www.linksfraktion-bremen.de/fileadmin/user_upload/texte_debatte/Fraktionsnewsletter_2.pdf (Zugriff am 10.1.2007).

- Rücknahmeschreiben zu Umzugsaufforderungen nach § 22 SGB II (September 2007)
- Mangel an Ausbildungsplätzen und gescheiterter Ausbildungspakt in Bremen (September 2007),
- Durchsuchungen bei G-8-Kritiker/innen durch die Bremer Polizei (September 2007),
- Einsatz von Zivilbeamten bzw. verdeckten Ermittlern (September 2007),
- Überwachungsmaßnahmen gegen G-8-Kritiker/innen (September 2007),
- Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in Bremen und Bremerhaven im November 2007 (Dezember 2007).

Anträge:

- Dringlichkeitsantrag Zwangsumzüge (betrifft Hartz IV-Gesetzgebung, Juli 2007),
- Übernahme der Kosten für das Mittagessen von Schulkindern, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen (September 2007),
- Bremer Sozialticket (Oktober 2007),
- Dringlichkeitsantrag Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen (November 2007).

Im Rahmen dieser parlamentarischen Initiativen versucht die Fraktion der PDL, ihre Rolle als Anwalt der sozial Benachteiligten zu unterstreichen und dabei den Nachweis anzutreten, dass der neue rot-grüne Senat, trotz gegenteiliger Bekundungen, die Anliegen der entsprechenden Bevölkerungsgruppen vernachlässigt. So heißt es im Newsletter 2 der Fraktion:

Mit unseren mit Betroffenen und Experten vorbereiteten Anträgen haben wir stets erfolgreich agiert und dabei ein ums andere Mal die Rot-Grüne-Koalition unter Druck gesetzt. [...] die Fraktion hat des Weiteren Anträge zur Übernahme der Kosten für die Erstausrüstung und zur Übernahme der Kosten für das Mittagessen von Schulkindern gestellt, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen. Beide Anträge wurden von Rot-Grün abgelehnt mit dem Argument, dass der Haushaltsrahmen leider ausgeschöpft sei [...]. In den Ohren der Betroffenen muss dies wie Hohn klingen, angesichts der Tatsache, dass im Bundesland Bremen 30.000 Kinder unter Armutsverhältnissen aufwachsen.⁵³

Tatsächlich ist die parlamentarische Arbeit der Linksfraktion gegenüber dem rot-grünen Senat in Bremen keineswegs so konfrontativ wie es diese Aussagen nahe legen. So weisen die Protokolle der Plenarsitzungen der Bremischen Bürgerschaft aus, dass die Linksfraktion in einer ganzen Reihe von Fragen zusammen mit den Fraktionen der SPD und der Grünen gemeinsame interfraktionelle Anträge einbringt. Dies macht ein gewisses Dilemma der Linksfraktion deutlich: Auf der einen Seite muss sie sich aus Gründen der Profilierung gegen Rot-Grün in Bremen abgrenzen, um gegenüber der eigenen Klientel glaubwürdig zu bleiben, auf der anderen Seite fällt es ihr schwer, einen rein oppositionellen Status gegenüber dem Senat aus SPD und Grünen einzunehmen, da dieser selber ein Programm gegen die soziale Spaltung der Stadt auf den Weg gebracht hat. Außerdem bleibt die Fraktion in den meisten Fällen den Nachweis schuldig, wie ihre sozialpolitischen Anträge angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen des hoch verschuldeten Stadtstaates finanziert werden sollen.

8.4 Konflikte, Probleme und Dilemmata der Partei DIE LINKE in Bremen

DIE LINKE in Bremen präsentiert sich sechs Monate nach ihrem erfolgreichen Einzug in die Bremische Bürgerschaft gegenwärtig in einem eher desolaten Zustand. Seit dem Herbst 2007 haben vor allem Personalquerelen (Kündigung einer Pressesprecherin nach drei Tagen, Entlassung der beiden Geschäftsführer) für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Es ging dabei zwar vordergründig um personalpolitische Entscheidungen, aber dahinter verbergen sich eine Reihe von Konflikten und Dilemmata, die im Folgenden genauer analysiert werden.

Die bereits im Vorfeld einer gemeinsamen Kandidatur ausgetragenen Konflikte zwischen den verschiedenen Fraktionen der ehemaligen WASG und der Linkspartei wirken bis heute nach. Es zeigt sich, dass die unterschiedlichen Milieus und Strömungen, die in das gemeinsame Bündnis zur Bürger-

⁵³ Ebd.

schaftswahl eingeflossen sind, keineswegs so kompatibel sind, wie es noch im Wahlkampf erschien. Die Aussicht auf einen Erfolg bei der Bürgerschaftswahl hatte Konflikte still gestellt, die nach dem Einzug in die Bürgerschaft wieder aufgebrochen sind.⁵⁴

Die Vorwahlkampfphase, als es darum ging, ein gemeinsames Bündnis aus WASG und Linkspartei zu schmieden, war – nach eigener Analyse der PDL – durch fünf Konflikte geprägt (Spehr 2007d: 18f):

- Wie soll die gemeinsame Liste aussehen (offene Wählergemeinschaft oder Wahlantritt auf einer offenen Liste der Linkspartei)?
- Wer soll Spitzenkandidat werden und wie wird die Liste aufgestellt?
- Wie ist das „Verhältnis zwischen formellen Strukturen und Gremien einerseits und informellen Netzwerken andererseits“?
- Wie eindeutig muss sich die Liste gegen jede Form der Privatisierung aussprechen?
- Wie eindeutig muss sich DIE LINKE als Oppositionspartei profilieren (Fundamentalopposition oder Mitgestaltung, wo es möglich ist)?

Der ehemalige Geschäftsführer der PDL in Bremen, Christoph Spehr, charakterisiert diese Spannungen selber als „Konflikte um Macht und Identität“ (Spehr 2007d: 19). Während die PDL in Bremen zunächst noch glaubte, dass die Austragung dieser Konflikte in mühsamen Diskussionsprozessen sich positiv als „Motor der Parteibildung“ auswirke, zeigte sich nach der Wahl in der Praxis schnell das Gegenteil.

Bereits bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden trat mit „verbaler Härte“ (Spehr 2007d: 18) der schon bei der Spitzenkandidatur ausgetragene Streit erneut auf. Für große Teile der aus der WASG kommenden Teile der gemeinsamen Liste zur Bürgerschaftswahl war selbstverständlich, dass „ihr“ Spitzenkandidat, Peter Erlanson, auch den Fraktionsvorsitz übernehmen würde. Als dann die parteilose Monique Troedel ankündigte, ebenfalls für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren, wurde dies als „Vertrauensbruch“ empfunden. Durch die Teilung des Fraktionsvorsitzes konnte der Konflikt zwar diplomatisch gelöst werden, zwischen Teilen der WASG und Monique Troedel herrschte aber seitdem ein latentes Misstrauens- und Konfliktverhältnis. Der Konflikt kochte erneut im Zusammenhang mit der „Affäre“ um den aus der WASG kommenden Geschäftsführer Manfred Steglich hoch. Steglich hatte offensichtlich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Şirvan-Latifah Çakici, wiederholt mit E-Mails und SMS-Botschaften bedrängt, in denen er um ihre Zuneigung geworben hatte (taz bremen vom 11.12.2007, S. 21: Sie küsstest und sie schlagen sich). Çakici hatte ihrerseits deutlich gemacht, dass sie an dieser Art von Liebesbekundungen kein Interesse hatte und forderte von der Fraktion, Steglich in die Schranken zu verweisen. Nach mehreren turbulenten internen Sitzungen wurde schließlich beschlossen, dass Steglich als Geschäftsführer nicht mehr tragbar sei und entlassen werden müsse. Steglich, der seine Verankerung in der WASG-Basis hatte, erfuhr von dort Rückendeckung. Teile der WASG machten insbesondere Monique Troedel, die Steglights Verhalten gegenüber Çakici „Stalking-ähnlich“ genannt hatte, für seine Kündigung verantwortlich. Im Offenen Forum (oFFo – das Internetforum) eröffnete man ein Trommelfeuer gegen Troedel und bezeichnete sie u.a. als „Fundamentalfeministin in der Fraktionsspitze“, die einen altgedienten Parteifreund „wegen ein paar Emotionen ... hinrichten“ wolle (taz bremen vom 11.12.2007, S.21). Es wurde nicht nur ihr Rücktritt gefordert, sondern der ganze Fraktionsvorstand sollte sich einer Vertrauensabstimmung stellen. Unter anderem war die Rede „von gefälschten Pressemitteilungen, interner Kritik und einem Machtkampf unter den Abgeordneten“ (taz bremen 26.11.2007, S. 21: Personaldebatten motivieren nicht so sehr). Tatsächlich stellte der Fraktionsvorstand aus Peter Erlanson, Monique Troedel und Şirvan-Latifah Çakici Anfang Dezember die Vertrauensfrage in der Fraktion, die mit fünf gegen zwei Stimmen für den Vorstand ausging. Für Çakici war der Konflikt damit offensichtlich noch nicht ausgestanden, weil der ganze Vorfall in ihren Augen anscheinend nur ein Symptom für den desolaten und unprofessionellen Zustand der Fraktion war. In der Öffentlichkeit wurde kolportiert, dass sie aus der Fraktion der PDL

⁵⁴ In einer Nachlese des Wahlkampfes in Bremen heißt es in diesem Zusammenhang: „Mit der Wahl und dem Einzug von sieben Abgeordneten ins Parlament verschwand aber gleichfalls das Drohpotenzial, über das beide Parteien bislang verfügt hatten, nämlich Wahlkampf und Liste scheitern zu lassen und damit auch die andere Seite mit leeren Händen dastehen zu lassen. Diese Tatsache veränderte die Art der Konflikte und schürte Ängste um zukünftigen Einfluss“ (Spehr 2007d: S. 11).

austreten wolle.

Inzwischen war die Parteiführung der PDL in Berlin bemüht, die Ereignisse in Bremen in den Griff zu bekommen und Krisenmanagement von oben zu betreiben. Bodo Ramelow, Bund-Länder-Koordinator der PDL, reiste mehrfach nach Bremen, um die internen Konflikte zu schlichten und Ordnung zu schaffen. Weihrauch wurde gekündigt und auch der zweite Geschäftsführer der Fraktion, Christoph Spehr, wurde abgemahnt, aus seiner Funktion entlassen und in den Status eines wissenschaftlichen Mitarbeiters der Fraktion versetzt. Offiziell hieß es, dass die Geschäftsführer ihre „ganz banalen“ Geschäftsführertätigkeiten vernachlässigt hätten, in Steglichs Kündigung wurde außerdem von „persönlichem Fehlverhalten“ gegenüber einer Vorgesetzten (Çakici) gesprochen (taz bremen vom 30.11.2007, S. 24: Linke Selbsterfleischung). Spehr wurde nicht nur vorgeworfen, dass er sich in der internen Auseinandersetzung mit seinem Kollegen Steglich solidarisiert habe, sondern auch, dass er „seine Rolle als Angestellter und Zuarbeiter der Abgeordneten nicht richtig verinnerlichen konnte“ (Weser Kurier vom 5.12.2007, S. 10). Ramelow begründete das konsequente Eingreifen aus der Berliner Parteizentrale folgendermaßen: „Wenn wir jetzt nichts unternommen hätten, wäre uns der Laden bald um die Ohren geflogen“ (taz bremen vom 30.11.2007, S. 24). Zum Krisenmanagement gehörte auch ein Gespräch von Bodo Ramelow mit Şirvan-Latifah Çakici. Am 19. Dezember 2007 veröffentlichte die PDL-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft eine Presseerklärung, in der der nach wie vor bestehende Konflikt mit Şirvan-Latifah Çakici, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, heruntergespielt wird und in der Bodo Ramelow in Bezug auf ihren angekündigten Austritt aus der Fraktion mitteilen lässt:

Eine gute, politisch wirksame Zusammenarbeit der Linksfraktion in Bremen ist zweifellos möglich. Was es für diese weitere Arbeit allerdings braucht, und darin waren Şirvan Çakici und ich uns einig, sind deutlich professionellere Strukturen. Um diese dauerhaft einzuführen, habe ich die Abgeordneten aus Bremen eingeladen, sich auf Ebene der Bundestagsfraktion in Berlin entsprechende Einblicke zu verschaffen. Vor Ort in Bremen wird es unerlässlich sein, insbesondere die Geschäftsführung neu zu definieren und die dafür nötigen Einstellungen möglichst umgehend vorzunehmen⁵⁵.

Um bis zur Einstellung eines neuen Geschäftsführer den „Laden“ in Bremen zusammenzuhalten, wird die Fraktionsgeschäftsführung zurzeit kommissarisch von Leo Stefan Schmitt (ehemaliges SPD-Mitglied, Lafontaine-Vertrauter und Emissär des Bundesvorstandes der LINKEN) wahrgenommen (Spiegel 52/2007, S. 38). Ob der Konflikt mit Şirvan-Latifah Çakici aber bereits tatsächlich ausgestanden ist, ist eine andere Frage. Gegenwärtig hält sie sich in der Türkei auf und ist nicht erreichbar. In der PDL nahe stehenden Kreisen in Bremen wird vermutet, dass es ein Stillhalteabkommen mit Bodo Ramelow gibt. Demzufolge würde Şirvan-Latifah Çakici erst nach den Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg ihren endgültigen Austritt aus der PDL-Fraktion in Bremen bekannt geben. Zuverlässige Informationen über dieses Gerücht gibt es aber nicht.

Die Auseinandersetzung um Personen in der Bremer PDL ist symptomatisch für eine bestimmte Konfliktstruktur, die sich – wie gezeigt – aus der Geschichte der PDL in Bremen herleiten lässt. Teile der ehemaligen WASG in Bremen (vor allem Mitglieder der Linkstendenz) haben weder ihre Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit der ehemaligen Linkspartei noch gegenüber den professionellen Anforderungen der parlamentarischen Arbeit aufgegeben. Ihr Verständnis von absoluter Basisdemokratie und Transparenz aller Entscheidungsprozesse als Maxime innerparteilicher Organisation reibt sich an den inzwischen stärker formalisierten Strukturen des Landesverbandes und der Fraktion. So brach der bereits vor der Wahl bestehende Grundkonflikt zwischen „formellen Strukturen und Gremien einerseits und informellen Netzwerken andererseits“ (Spehr 2007d) erneut auf. Teile der Basis erwarten, dass die informellen Foren, die während des Wahlkampfes ein wichtiges Mittel der Willensbildung und Entscheidungsfindung waren, auch weiterhin ein aktives Mitspracherecht bei allen Angelegenheiten ausüben. Dazu heißt es intern diplomatisch:

⁵⁵ Siehe <http://www.dielinke-bremen.de/politik/pressemitteilungen/detail/zurueck/presse/artikel/die-perspektive-heisst-politik-sirvan-cakici-und-bodo-ramelow-haben-gesprochen/> (Zugriff am 10.1.2008).

Das Plenum etablierte sich nach der Wahl als feste Form. Es traf sich drei Wochen nach der Wahl zum ersten Mal wieder und entschied, als ‚offenes Plenum‘ mindestens einmal im Monat zu tagen und insbesondere Berichte der Fraktion zur Kenntnis zu nehmen und kritisch zu diskutieren. Das Plenum befasst sich ausführlich mit der Finanzplanung der Fraktion, einschließlich Fragen des Lohnsystems, der Funktionsgelder für den Fraktionsvorstand und der Stellenplanung. Das Plenum vertrat dabei insbesondere Positionen der Stärkung der Basisarbeit und der offenen Stadtteilarbeit, die in einem gewissen Konflikt zum Bedürfnis der Abgeordneten stehen, über Personal für ihre unmittelbar parlamentsbezogene Arbeit und für ihre persönliche Unterstützung zu verfügen“ (Spehr 2007d: S. 12).

Tatsächlich wurde heftig über die Gelder gestritten, die der Fraktion für ihre parlamentarische Arbeit zustehen. Dabei handelte es sich immerhin um ca. 600.000 €, die der Linksfraktion jährlich erhält. Die Vorstellungen der Basis gingen dahin, einen Teil dieser Gelder direkt in die Parteiarbeit umzuleiten. Auf Kritik stieß außerdem, dass die Fraktion ohne öffentliche Ausschreibung zwei Fraktionsgeschäftsführer eingestellt hatte. Zum gleichen Zeitpunkt hatte die Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, in dem gefordert wurde, dass wichtige politische Ämter (dabei ging es insbesondere um die Position des Direktors der Bürgerschaft) öffentlich ausgeschrieben werden müsse. Kritisiert wurde des Weiteren, dass beide Geschäftsführer über keine Verwaltungserfahrung verfügen (vgl. taz nord: 21./22.7.2007, S. 25: Die dunkle Seite der Macht). Auch die Besetzung und Bezahlung der anderen Stellen in der Fraktion (Büroleiter/innen, Referent/inn/en) war an der Basis umstritten. In diesen und weiteren Konflikten ging es immer wieder um die Frage, welchen Einfluss die Basis auf die Arbeit der Fraktion haben soll und kann. Dass die Arbeit der Fraktion formellen und juristischen Ansprüchen unterliegt und nicht mit der Arbeit der Partei vermischt werden darf, scheint einem Teil der Basis der PDL egal zu sein. Klaus-Rainer Rupp, Abgeordneter der Fraktion, äußerte in diesem Zusammenhang: „Die Fraktion muss dringend lernen, dass sie eine juristische Person ist“ (taz nord: 21.11.2007, S. 21: Personaldebatten motivieren nicht so sehr). So wird gegenwärtig darüber gestritten, ob „Arbeitsgruppen unterm Dach der Fraktion oder dem der Partei zu gründen sind und welchen Einfluss die Gremien der einen auf die Arbeit der anderen haben: Das monatlich stattfindende offene Plenum etwa“ (ebd.). Die von Ramelow angekündigte Notwendigkeit einer Professionalisierung der Arbeit der Fraktion dürfte vor diesem Hintergrund an der Basis für weiteren Konfliktstoff sorgen.

8.5 Resümee der Zwischenbilanz

DIE LINKE in Bremen vermittelt nach einem guten halben Jahr in der Bremischen Bürgerschaft nach außen einen desolaten, politikunfähigen Eindruck. Hinter den personalpolitischen Querelen, die in den letzten Wochen für negative Schlagzeilen gesorgt haben, verbergen sich Konflikte, die bereits vor der Wahl virulent waren und nach dem Einzug in die Bürgerschaft erneut in aller Schärfe aufgebrochen sind. Das Verhältnis von Basis, Parteiführung und Abgeordneten sowie verschiedenen Strömungen und Gruppen ist höchst angespannt und wirkt sich lähmend auf die gesamte parlamentarische und politische Arbeit aus. Von dem eigenen Anspruch, „eine Partei neuen Typs zu sein“, ist die Partei DIE LINKE in Bremen gegenwärtig weit entfernt. Ob das Krisenmanagement der Parteiführung aus Berlin in der Lage ist, die Lage zu beruhigen, muss abgewartet werden. Sollte die Abgeordnete Şirvan-Latifah Çakici nach den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg tatsächlich aus der Linksfraktion austreten, würde die Partei in Bremen erneut in Turbulenzen gestürzt werden. Bisher ist DIE LINKE in Bremen jedenfalls den Nachweis schuldig geblieben, dass sie „als widerständige Opposition Unruhe und Bewegung in die parlamentarische Landschaft“ (Newsletter 2 der Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft vom 25. September 2007) auch der alten Bundesländer bringt. Unruhe hat sie bisher vor allem in den eigenen Reihen produziert.

9. Quellenverzeichnis

- Boecker, Arne* (2007): Tor zum Westen, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.05.2007.
- Busche, Jürgen* (2003): Die 68er – Biographie einer Generation, Berlin.
- Der Spiegel* 52/2007, Süße Frucht, S. 38.
- die tageszeitung* (2007a): die tageszeitung, 8.1. 07, URL:
<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/01/08/a0240> (Zugriff am 18.9.2007).
- die tageszeitung* (2007b): Historischer Sieg der Linken, 14.5.2007.
- DIE LINKE.* (2007): Hier ist DIE LINKE. Wahlprogramm Bremer Bürgerschaftswahl 2007, URL:
http://www.dielinkebremen.de/fileadmin/user_upload/Texte_aktuell/Wahlprog_Bremen_lang.pdf
(Zugriff am 28.04.2007).
- Die WELT* vom 13.12.2007, Linke Intrigen, Gerüchte, Gerichtstermine
- Financial Times Deutschland* (2007a): Linke hofft in Bremen auf Durchbruch im Westen, 10.5.2007.
- Financial Times Deutschland* (2007b): Linkspartei glaubt an den Durchbruch, 13.5.2007.
- Förster, Andreas/ Gajevic, Mira/ Rost, Susanne* (2007): Im Westen angekommen, in: Berliner Zeitung, 14.5.2007, S. 2.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2007): Eine Bürgerschaft mit vielen Gesichtern, 12.5.2007.
- Gajevic, Mira* (2007): Linke setzt auf „Karl Marx von Bremen“, in: Berliner Zeitung, 3.5.2007, S. 5.
- Geißler, R.* (1996): Politische Sozialisation in der Familie. In: B. Claußen & R. Geißler (Hrsg.). Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen.
- Grabherr, Sabine* (2007): Porträt Peter Erlanson (Die Linke), gesendet am 27.4.2007 auf Nordwestradio, URL:
http://www.radiobremen.de/stream/ondemand.php?media=rm&file=/magazin/politik/wahl_2007/portraet_erlanson.rm (Zugriff am 12.06.2007).
- Hundt, Sönke* (2007): Bürgerschaftswahl: Strategie und Taktik, unveröffentlichtes Manuskript.
- Hüttner, Bernd/ Schiepers, Norbert* (2007): Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007: DIE LINKE im Westen angekommen?, standpunkte 11/2007, siehe
http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0711.pdf (Zugriff am 02.07.2007).
- Linkspartei* (2006): Pressedienst: Nummer 22 vom 02. Juni 2006, siehe
http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/pressedienst/view_html?zid=32884 (Zugriff am 22.05.2007).
- Linkspartei Bremen* (2006): Beschluss des Landesparteitags vom 25.11.2006, siehe
http://www.linkspartei-bremen.de/pdf/Beschluss_wahl2007.pdf (Zugriff am 06.07.2007).
- Marcuse, Herbert* (1968): Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt am Main.
- Meisner, Matthias* (2007): Langer Weg nach Westen, in: Der Tagesspiegel, 11.5.2007.
- Meuche-Mäker, Meinhard* (2005): Die PDS im Westen 1990-2005; Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 25, Berlin.
- Meves, Helge* (2005): Die Wahlalternative – eine andere Politik ist möglich, in: Brie, Michael (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin, URL:
www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_23.pdf (Zugriff am 02.02.06).
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard* (1996): Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen.
- Niedermayer, Oskar* (1998): Die Stellung der PDS im ostdeutschen Parteiensystem, in: Barker, Peter (Hrsg.): The Party of Democratic Socialism in Germany, Amsterdam.
- Niedermayer, Oskar* (2006): Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 8, Berlin, Juni 2006, siehe <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/ahosz8.pdf> (Zugriff am 06.07.2007).
- Nordsee-Zeitung* (2007): Schlangen-Outfit und Mindestlöhne, 15.5.2007, S.7.
- Plasser, Fritz* (2003): Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im

- weltweiten Vergleich, WUV Universitätsverlag, Wien.
- Roth, Reinhold* (1996): Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 14. Mai 1995. Machtparität von SPD und CDU, in: ZParl, Heft 2/96, Seite 272-283.
- Roth, Reinhold* (2000): Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1999. Klares Votum für die Koalition der Sanierer, in ZParl, Heft 1/00, Seite 19-27.
- Roth, Reinhold* (2004): Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 25. Mai 2004. Triumph für Henning Scherf und Bestätigung der großen Koalition, in ZParl, Heft 2/04, Seite 241-252.
- Schenk, Michael/ Tenscher, Jens* (1998): Wandel der politischen Kommunikation unter dem Einfluß von Marketing- und Werbestrategien, in: Imhof, Kurt/ Schulz, Peter (Hrsg.) (1998): Die Veröffentlichung des Privaten und die Privatisierung des Öffentlichen, Opladen.
- Schirmeister, Benno* (2007a): Charme der Gegensätze, in: die tageszeitung nord, 16.4.2007, S. 21.
- Schirmeister, Benno* (2007b): Rechtes U-Boot auf linker Liste, in: die tageszeitung nord, 8.5.2007, S. 21.
- Schmale, Holger* (2007): Der Unruhestifter von Bremen, in: Berliner Zeitung, 15.5.2007, S. 1.
- Schoen, Harald* (2005): Wechselwahl, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden.
- Schupp, Arno* (2007): Von der Straße vor die Fernsehkamera, in: Weser Kurier, 3.5.2007, S. 14.
- Spehr, Christoph* (2006): „Gestatten: LINKE, DIE LINKE“, Überlegungen zur Wahlstrategie für die Bürgerschaftswahlen Bremen 2007, unveröffentlichtes Manuskript.
- Spehr, Christoph* (2007a): Operation Vertrauen. Wahlkampfstrategie DIE LINKE., Bürgerschaftswahl Bremen 13.05.2007, unveröffentlichtes Manuskript.
- Spehr, Christoph* (2007b): Wahlmittel / Schwerpunkte / Beschlüsse, unveröffentlichtes Manuskript.
- Spehr, Christoph* (2007c): Wenn schon, dann für Geld. Zur Gestaltung der Kampagne Bremen 2007, unveröffentlichtes Manuskript.
- Spehr, Christoph* (2007d): Unterwegs zur Partei des Volkes. Parteibildung und Wahlkampf in Bremen 2005-2007, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik, Texte 40.
- Statistisches Bundesamt* (2005a): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise, Heft 1, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* (2005b): Karina Schorn, Dipl.-Verwaltungswirtin Margitta von Schwarzenberg, Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, S. 1153-1167, Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Bremen* (2005): Statistische Mitteilungen – Bundestagswahl 2005, Heft 108, Bremen.
- Statistisches Landesamt Bremern* (2007a): Statistische Mitteilungen – Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007, Heft 110, Bremen.
- Statistisches Landesamt Bremen* (2007b): Statistische Berichte: Bevölkerung, Haushalte und Erwerbstätige im Lande Bremen 2006, Bremen.
- Strohschneider, Tom* (2004): Der Glaube an das Machbare. Links der SPD setzt man auf Umverteilung, in: Neues Deutschland, 15.05.2004.
- Süddeutsche Zeitung* (2007a): Wessi-Quote für die Neuen, 15.06.07.
- Süddeutsche Zeitung* (2007b): „Unser Auftrag heißt Unruhe“, 13.5.2007.
- Wolschner, Klaus* (2006): Linkes Paradoxon, in: die tageszeitung, 10.11.06, URL: <http://www.taz.de/pt/2006/11/10/a0104.1/text> (Zugriff am 10.1.2008).
- taz nord* vom 21./22.7.2007, Die dunkle Seite der Macht, S.25.
- taz bremen* vom 26.11.2007, Personaldebatten motivieren nicht so sehr, S. 21.
- taz bremen* vom 30.11.2007, Linke Selbstzerfleischung, S. 24.
- taz bremen* vom 11.12.2007, Sie küsstet und sie schlugen sich, S. 21.
- Weser-Kurier* vom 17.11.2007, SPD stemmt sich gegen Abwärtstrend, S. 7.

Weser Kurier vom 5.12.2007, Ein zweiter Geschäftsführer verliert Funktion, S. 10.

Weser Kurier vom 10.5.2007, Bei den Linken läuten die Glocken, S. 15.

Zier, Jan/ Schulz, Daniel (2007): „Bayern wird etwas schwieriger“, in: *die tageszeitung*, 14.5.07.